



Nr. 271 | 13.07.2022

Ukraine-Analysen

- Krieg und Wohnungsmarkt
- EU-Kandidatenstatus

■ ANALYSE	
Wohnraum und Krieg in der Ukraine	2
Von Alona Liasheva (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Lwiw)	
■ KOMMENTAR	
Warum der EU-Kandidatenstatus für die Ukraine sicherheitspolitisch geboten und längst überfällig ist	7
Von Oleksandra Keudel (Kyiv School of Economics, Berlin), Nataliya Pryhornytska (Initiative für Wissensaustausch, Empowerment und Kultur e.V., Berlin)	
Was der EU-Kandidatenstatus für die Ukraine bedeutet	8
Von Eduard Klein (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)	
Der Status eines EU-Kandidatenlandes für die Ukraine: symbolische Bedeutung und praktische Implikationen	9
Von Iryna Solonenko (Zentrum Liberale Moderne, Berlin)	
»Heute wird über die Zukunft Europas entschieden«	11
Von Olha Stefanischyna (Kyjiw)	
Auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft: Alte und neue ukrainische Wege zur europäischen Integration	13
Von Andreas Umland (Stockholmer Zentrum für Osteuropastudien)	
■ DOKUMENTATION	
Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zur Ukraine und zu den Beitrittsgesuchen der Ukraine, der Republik Moldau und Georgiens, 23. Juni 2022	15
■ UMFRAGEN	
Zustimmung zur EU	16
■ KARTE	
Kriegsgeschehen in der Ukraine (Stand: 13. Juli 2022)	19
■ CHRONIK	
01. – 15. Juni 2022	20

Wohnraum und Krieg in der Ukraine

Von Alona Liasheva (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Lwiw)

DOI: 10.31205/UA.271.01

Zusammenfassung

Die großangelegte Invasion in die Ukraine hat zu einer beispiellosen Wohnraumkrise geführt. Mehr als hunderttausend Wohnungen wurden zerstört oder beschädigt, Millionen Ukrainer:innen mussten ihr Zuhause verlassen. Die Wohnungspolitik hat es nicht vermocht, den Bedarf an Wohnraum für Binnengeflüchtete zu bewältigen. Gleichzeitig hat der Krieg die Schaffung neuer Formen von sozialen Mietverhältnissen ermutigt, die von der Zivilgesellschaft und den städtischen Kommunalverwaltungen organisiert werden. Gleichwohl ist die Situation kritisch und erfordert ein sorgsames Überdenken der Ziele und Instrumente der ukrainischen Wohnungspolitik.

Einleitung

Seit dem 24. Februar 2022 haben Millionen Ukrainer:innen ihr Zuhause verloren. Allerdings stellt sich für jede einzelne Familie und jede individuelle Person die Lage unterschiedlich dar. So waren beispielsweise einige in der Lage, in ihr Zuhause in Kyjiw zurückzukehren, nachdem die russischen Truppen aus dieser Region abgezogen sind. Andere wiederum können das besetzte Mariupol nicht verlassen, auch wenn ihr Zuhause dort zerstört ist. Um die Ausrichtung einer zukünftigen Wohnungspolitik skizzieren zu können, müssen diese verschiedenen Situationen berücksichtigt werden. In diesem Beitrag wird daher differenziert zwischen: Binnenvertreibung aufgrund der Gefahren des Krieges; Binnenvertreibung aufgrund der Zerstörung von Wohnraum; und Binnenvertreibung aufgrund des Mietwohnungsmarktes selbst.

Die meisten Binnenflüchtenden haben ihr Zuhause aus Angst um Leben und Gesundheit, wegen des Besatzungsregimes oder einer humanitären Krise verlassen. Die Flüchtlingsbehörde der Vereinten Nationen schätzt, dass mit Stand vom 17. Juni 2022 »sich über 5,1 Millionen Flüchtende aus der Ukraine in Europa aufhalten, und über 3,4 Millionen Flüchtende aus der Ukraine sich in Europa für einen vorübergehenden Schutz oder ähnliche nationale Verfahren haben registrieren lassen« (Ukraine situation: Flash Update #17, 2022). Der Internationalen Organisation für Migration (IOM) zufolge gab es Ende Mai 2022 7,1 Millionen Binnenflüchtende (Ukraine Internal Displacement Report; 23. Mai 2022). Die meisten Binnenflüchtenden und ins Ausland Geflüchteten verfügen immer noch über eine Heimstatt in der Ukraine, und viele kehren bereits wieder zurück oder planen dies, sobald die Lage sicherer ist. Andere wiederum wollen erstmal an den Orten bleiben, an die sie geflüchtet sind.

Gleichzeitig gibt es Personen, deren Zuhause zerstört oder beschädigt wurde. Diese sind in einer prekären

Lage, da ihre Chancen, kurzfristig adäquaten Wohnraum zu erhalten, sehr viel geringer sind. Nach Angaben von Olena Schuljak, der Vorsitzenden der Regierungspartei »Diener des Volkes«, wurden etwa 15 Millionen Quadratmeter Wohnraum durch die russische Armee zerstört, wodurch fast 800.000 Ukrainer:innen ihr Zuhause verloren haben. Betroffen sind vor allem die Oblaste Donezk, Charkiw, Kyjiw und Tschernihiw. 220.000 Menschen haben bereits Entschädigungen für zerstörte Wohnungen beantragt. Diese Menschen müssen provisorisch untergebracht werden, bis ihr Zuhause wieder aufgebaut oder repariert ist. Zudem ist es sehr wahrscheinlich, dass ein beträchtlicher Teil nicht gewillt sein könnte, an den alten Wohnort zurückzukehren.

Eine andere Wohnungsfrage erfährt aktuell sehr viel weniger Aufmerksamkeit, nämlich die Situation derjenigen, die in den westlichen Regionen der Ukraine durch den Boom auf dem Mietwohnungsmarkt »vertrieben« wurden. Laut Transparency International Ukraine sind im Zeitraum zwischen Oktober 2021 und Mai 2022 die Mieten in der Region Lwiw um 96 Prozent gestiegen, in Iwano-Frankiwsk um 128 Prozent und in der Oblast Uschhorod gar um 225 Prozent (siehe Karte 1 am Ende des Beitrags). Dieser Boom hat sich zwar etwas beruhigt, doch bleiben die Mieten nicht nur für Binnenflüchtende unerschwinglich, sondern auch für »Einheimische«. Von denen wurden viele vor die Tür gesetzt, um die Wohnungen an Binnenflüchtende vermieten zu können, die bereit und in der Lage sind, das Doppelte zu zahlen. Die Flüchtenden finden sich dann auf einem höchst spekulativen Mietwohnungsmarkt wieder. Da dieser Markt vorwiegend informell funktioniert, gibt es keinerlei Datenquellen, anhand derer sich wenigstens annähernd die Zahl der Wohnungskündigungen abschätzen ließe.

Dieser Beitrag versucht aufzuzeigen, welche Art Wohnungspolitik eine derart weitgefächerte und insta-

bile Bandbreite des Wohnraumbedarfs bedienen könnte, den die Ukrainer:innen jetzt haben und in den kommenden Jahren haben werden. Zunächst soll skizziert werden, weshalb die Wohnungspolitik die aktuelle Wohnraumkrise befördert hat.

Die Wohnungspolitik vor und während des Krieges

Seit den 1990er Jahren, als sich in der Ukraine ein Wohnungsmarkt entwickelte, war die Wohnungspolitik darauf ausgerichtet, als wichtigstes Mittel Eigentum an Wohnraum zu schaffen, um die Versorgung mit Wohnraum zu gewährleisten. Hierbei waren die wichtigsten Mechanismen folgende: eine massenhafte Privatisierung von Wohnungen in den 1990er Jahren; eine Förderung des Immobilienmarktes in den 2000er Jahren; eine Förderung für private Bauherren, besonders bei Bauland; staatliche Zuschüsse für die Bevölkerung beim Haus- und Wohnungskauf. Gleichzeitig wurde öffentlicher Wohnungsbau vernachlässigt und der Mietwohnungsmarkt nicht effizient reguliert.

Nach der Annektierung der Krim und dem Beginn des Krieges im Donbas 2014 sind rund anderthalb Millionen Ukrainer:innen aus den besetzten Gebieten und der Frontregion entlang der Kontaktlinie geflohen. Für sie wurde die Suche nach Wohnraum eine der wichtigsten Aufgaben. Die Wohnungspolitik in Bezug auf die Binnenflüchtenden war darauf ausgerichtet, den Binnengeflüchteten bei der Beschaffung einer privaten Wohnung behilflich zu sein. Durch diese Programme konnten pro Jahr allerdings nur einige Hundert Privatwohnungen generiert oder vermittelt werden. Letztendlich haben nach sechs Jahren Krieg rund 70 Prozent der Binnenflüchtenden bis 2020 ihr Wohnproblem nicht lösen können, wie ein Bericht der Menschenrechtsbeauftragten feststellte. Das Ziel, jede Familie mit Wohnraum in Privatbesitz zu versorgen, konnte nicht aufrechterhalten werden, selbst wenn weitere staatliche Gelder in die Programme geflossen wären, um Binnenflüchtende mit privatem Wohnraum zu versorgen. Gleichzeitig wurde extrem wenig sozialer Wohnraum bereitgestellt; der Mietwohnungsmarkt wurde nicht reguliert, so dass die Binnenflüchtenden auf dem Mietwohnungsmarkt allein gelassen wurden, wo sie oft ausgeschlossen waren, und zwar nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen, sondern auch aufgrund von Vorurteilen.

Diese Probleme wiederholten sich nun im Zuge der großangelegten Invasion, allerdings war die Situation jetzt viel dramatischer. Im ersten Monat nach dem 24. Februar hatte der Staat in einem gewissen Maße provisorischen Wohnraum für Binnenflüchtende bereitstellen können. Dazu wurden vorwiegend Studentenwohnheime genutzt; darüber hinaus gab es einige

provisorische Siedlungen. Diese Lösungen sind jedoch weder bequem noch langfristiger Natur. Sie müssen durch nachhaltigeren Wohnraum ersetzt werden. Als langfristige Lösung für das Wohnungsproblem werden staatliche Zuschüsse für Binnenflüchtende angeboten, damit sie mit Hilfe zinsgünstiger Hypotheken Wohnraum erwerben können. Diese Programme sind allerdings derart ineffizient, dass sie die Lage in keiner Weise verändern. So hat die wichtigste staatliche Wohnbaugesellschaft, der »Staatliche Fonds zur Förderung des jungen Wohnungsbaus«, seit Beginn der Invasion 52 Wohnungen für Binnenflüchtende gekauft. Während ein solcher Ansatz nicht den aktuellen Bedarf der Menschen deckt, werden Maßnahmen ignoriert, die diese Bedürfnisse befriedigen könnten. Es gibt keinerlei Versuche der Zentralregierung, den Mietwohnungsmarkt zu regulieren, die Mietkündigungen zu stoppen oder irgendeine Form von gemeinnützigem Wohnraum bereitzustellen.

Wie kommen Binnenflüchtende unter?

Wegen der massiven Fluchtbewegungen seit dem 24. Februar suchen Millionen Ukrainer:innen nach einer neuen Bleibe. Im März und April 2022 habe ich zusammen mit Kolleg:innen eine Reihe von Interviews mit Ukrainer:innen geführt, sowohl mit Personen, die ihr Zuhause verlassen haben und in die Westukraine gingen, wie auch mit Einheimischen, die den Zustrom von Binnenflüchtenden erlebten. Aus den Interviews geht hervor, dass es verschiedene Wege gibt, wie die Menschen unterkommen. Außerdem bilden sich Netzwerke aus Zivilgesellschaft und kommunalen Verwaltungen heraus, um auf die Krise zu reagieren. Dabei werden auch die Probleme der Wohnungspolitik in der Ukraine deutlich.

Viele Menschen kamen zunächst in kommunalen Einrichtungen unter, wie Schulen und Sporthallen, die als provisorische Unterkünfte bereitgestellt wurden. Wegen der Coronapandemie wurden Räume in vielen Bildungseinrichtungen nicht genutzt und als öffentliche Ressourcen für einen temporären Aufenthalt bereitgestellt. Das Gleiche erfolgte im privatwirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Bereich. Hier wurden Büroräume von Firmen und NGOs sowie Räumlichkeiten von Kultureinrichtungen zu Unterkünften umfunktioniert. Dieser Prozess war überwiegend selbstorganisiert, hing aber weitgehend von der Infrastruktur ab, die vor Beginn der Wohnungskrise zur Verfügung stand. Die Kommunalverwaltungen stellten die Infrastruktur, doch wurde die Aufnahme der Geflüchteten von Freiwilligen organisiert. Die provisorischen Unterkünfte wurden zum Teil zu einer langfristigen Einrichtung, konnten aber kaum Komfort und Privatsphäre bieten.

Ein Problem ist der Umstand, dass vielen der Mietwohnungsmarkt versperrt ist. Seit den ersten Tagen des großangelegten Krieges sind die Mieten in den westlichen Regionen der Ukraine drastisch gestiegen. Dadurch wurden nicht nur Binnenflüchtlinge vom Wohnungsmarkt ausgeschlossen, sondern auch Einheimische mussten ihr Zuhause verlassen. Dies traf jedoch nicht auf alle Mietwohnungen zu, da die Entscheidung zur Mieterhöhung von den Vermietern abhängt, von denen viele die Mieten auf Vorkriegsniveau beließen. Das war ebenfalls eine Form von Solidarität. Das Hauptproblem, das hier deutlich wurde, ist das Fehlen einer Regulierung des Marktes. Die staatliche Wohnungspolitik hat den Mietwohnungsmarkt ignoriert, was sich auch nach Beginn des Krieges nicht geändert hat. Auch der Umstand, dass Sozialwohnungsprogramme praktisch fehlen, hat die durch die russische Invasion verursachte Wohnungskrise verstärkt. Die vereinzelt Entscheidungen regionaler, städtischer oder Universitätsverwaltungen, den verfügbaren Wohnraum als sozialen Wohnraum zu nutzen, sind wohl die einzigen Ausnahmen von diesem Ansatz. An einigen Orten wurden Studentenwohnheime als sozialer Wohnraum genutzt, an anderen, z. B. in Winnyzja, wurden kommunale Gremien geschaffen, um zwischen Binnengeflüchteten und Vermietern zu vermitteln, um die Spekulationen, Mietkündigungen und Diskriminierungen auf dem Mietwohnungsmarkt zu begrenzen. Diese Politik war zwar als Instrument zur Krisenbewältigung gedacht, könnte aber darüber hinaus potenziell die Grundlage für eine sozial ausgerichtete Wohnungspolitik werden. Allerdings sind die Chancen, dass diese Praxis ausgeweitet wird, sehr gering, da die staatliche Wohnungspolitik einer anderen Linie folgt, nämlich der Subventionierung von privatem Wohnraumbesitz. Mit den staatlichen Programmen für die Binnengeflüchteten und für Personen, deren Zuhause zerstört wurde, soll sowohl auf der Angebotsseite wie auch auf der Nachfrageseite in die Wohnraumentwicklung investiert werden. Dieser Ansatz ist nicht nur völlig unwirksam, sondern unterstützt die Bauherren, und nicht die Bürger:innen.

Die gegenwärtige Wohnungspolitik in der Ukraine kümmert sich nicht um den Bedarf der Menschen, der durch den Krieg komplexer geworden ist. Sie unterstützt lediglich Personen mit Wohnraumeigentum, was den Großteil des Bedarfs aber nicht abdeckt. Und bis man eine staatliche Förderung erhalten wird, wird es lange dauern, und in der Zwischenzeit müssen auch diese Menschen sich für provisorische Unterkünfte oder teure Mieten entscheiden.

Wenn die vom Krieg verursachte Wohnungskrise in den kommenden Jahren überwunden werden soll, muss die Förderung von Wohnraumeigentum mit einer Regulierung des Mietwohnungsmarktes und der Bereit-

stellung von Sozialwohnungen einhergehen. Wie sehen aber Möglichkeiten für eine derartige Entwicklung beim Wiederaufbau der Ukraine aus?

Die Pläne des ukrainischen Staates und internationaler Partner zum »Wiederaufbau der Ukraine«

Als Reaktion auf die massenhafte Zerstörung von Wohnraum und Infrastruktur wird derzeit ein Plan zum »Wiederaufbau der Ukraine« von der Regierung ausgearbeitet. Das betrifft nicht nur die Wohnraumfrage, auch wenn es hier nicht erst nach dem Krieg einen ganz dringenden Bedarf geben wird, sondern bereits jetzt, während des Krieges. Diese Politik umfasst verschiedene Aspekte, die entscheidend sein werden, ob sie den Bedarf der Ukrainer:innen wird decken können.

Die Finanzierung des Wiederaufbaus wird nicht nur auf den Wohnsektor Auswirkungen haben, sondern auch auf die gesamte Struktur der ukrainischen Wirtschaft in den kommenden Jahren oder gar Jahrzehnten. Im Moment erwartet die Ukraine einen Kapitalzufluss von internationalen Finanzinstitutionen wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF), von Partnerstaaten und durch Reparationen, die aus konfiszierten russischen Vermögenswerten im Westen gespeist werden sollen. Diese Hilfe ist in Form von Zuwendungen und Krediten vorgesehen. Die ukrainischen Auslandsschulden sollen dabei nicht umstrukturiert werden, weswegen die Kredite die finanzielle Abhängigkeit der ukrainischen Wirtschaft verstärken werden. Das dürfte die Möglichkeiten schmälern, in sozialen Wohnungsbau zu investieren.

Auf nationaler Ebene wird ein entscheidender Faktor für den Wohnsektor die Verteilung der Hilfgelder sein. Wie oben bereits erörtert, fördert der bestehende Ansatz Wohnraumeigentum und lässt sozialen Wohnraum unbeachtet. Angesichts der Wohnungskrise ist eine Diversifizierung der Mietformen erforderlich. Und zwar nicht nur, weil die meisten Binnengeflüchteten nicht zu einem Kauf in der Lage sind, sondern auch wegen der Ungewissheit und Instabilität ihrer jeweiligen Situation. Die verschiedenen Gruppen der Binnengeflüchteten haben einen unterschiedlichen Bedarf, je nach Kriegslage. Also ist es wichtig, im Wohnsektor Flexibilität zu gewährleisten. Das kann durch einen regulierten Mietwohnungsmarkt erreicht werden, wie auch durch Sozial- und Genossenschaftswohnungen.

Fazit

Die Richtung, die die Wohnraumpolitik im Zuge des Wiederaufbaus der Ukraine einschlägt, wird auf Jahrzehnte hinaus die Lebensbedingungen der Ukrainer:innen prägen. Zwar ist die Wohnungsfrage im

Moment vor allem für Binnengeflüchtete das drängendste Thema, doch befinden sich auch Nichtgeflüchtete oft in einer prekären Wohnsituation. Die aktuelle Wohnungskrise bietet die Chance für eine Reform des Wohnsektors, damit dieser zukünftig stärker auf die Bedürfnisse der Bevölkerung ausgerichtet wird. Dabei

muss die Wohnungspolitik dazu übergehen, nicht die Bauherren zu unterstützen, sondern die verschiedenen Bevölkerungsgruppen mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

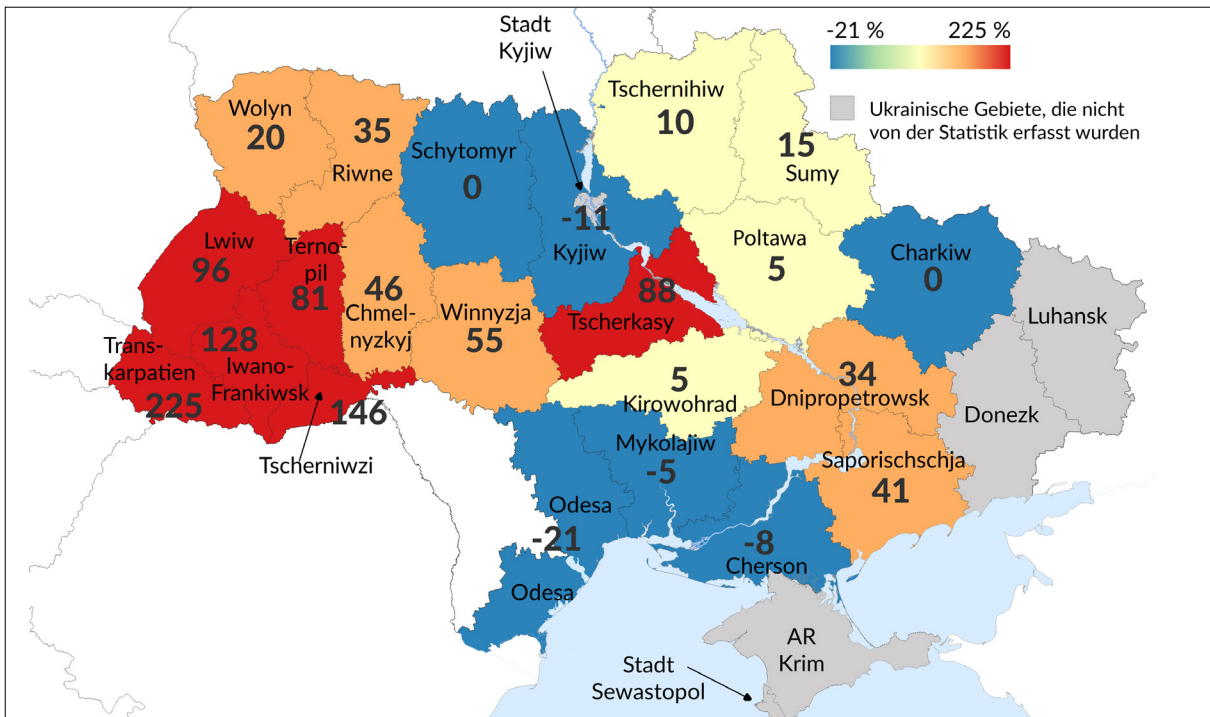
Über die Autorin:

Dr. Alona Liasheva lebt und arbeitet als Soziologin in Lwiw, wo sie sich mit urbanen Themen beschäftigt. Sie ist Mitglied im internationalen Forschungsprojekt »Comparing protest actions in Soviet and post-Soviet spaces«, das von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen mit finanzieller Unterstützung der Volkswagen-Stiftung koordiniert wird.

Lesetipps

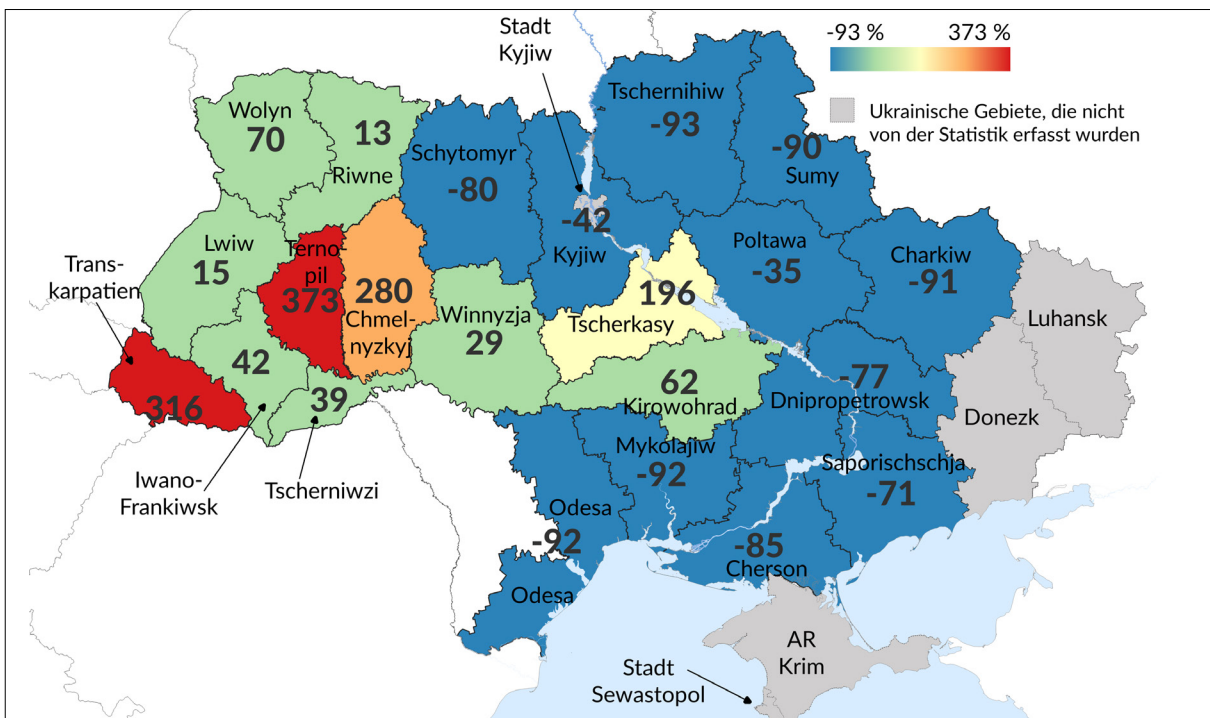
- UNHCR. Operational Data Portal: Ukraine situation: Flash Update #17, 17.06.2022; <https://data.unhcr.org/en/documents/details/93659>
- International Organisation for Migration: Ukraine – Internal Displacement Report – General Population Survey Round 5 (17 May 2022 – 23 May 2022), 23.05.2022; <https://dtm.iom.int/reports/ukraine-%E2%80%94-internal-displacement-report-%E2%80%94-general-population-survey-round-5-17-may-2022-23>
- Bobrova, Anastasia: The war in Ukraine has caused a housing crisis. Here's how to combat it, openDemocracy, 27.04.2022, <https://www.opendemocracy.net/en/odr/russia-ukraine-war-housing-crisis-displaced/>.
- Bobrova, A.; V. Lazarenko, Ye. Khassai: Housing and War in Ukraine (February 24 – March 22, 2022), Cedoss, 22.03.2022; <https://cedos.org.ua/wp-content/uploads/zhytlo-monitoryng-pdf-na-sajt-angl.docx.pdf>
- Bobrova, A.; V. Lazarenko, Ye. Khassai: Housing and war in Ukraine (March 24 – June 3), Cedoss, 16.06.2022: <https://cedos.org.ua/en/researches/housing-and-war-in-ukraine-march-24-june-3-2/>
- Cedoss: 37 theses about the current state, challenges and principles of new housing policy in Ukraine, 30.05.2022; <https://cedos.org.ua/en/researches/37-theses-about-the-current-state-challenges-and-principles-of-new-housing-policy/>

Karte 1: Mietpreisentwicklung in der Ukraine in % (Entwicklung von Oktober 2021 bis Mai 2022)



Quelle: Transparency International Ukraine, 24.06.2022, <https://ti-ukraine.org/blogs/orenda-zhytla-pid-chas-vijny-chy-mozhe-derzhawa-vplyvat-na-tsyny/>.

Karte 2: Nachfrage nach Mietwohnungen in % (Entwicklung von Oktober 2021 bis Mai 2021)



Quelle: Natalija Bohuta: Shalenyj potyp ta sdoroshtschannya: schtscho widbuwajetsja na rynku orendy w Ukraini? [Verrückte Nachfrage und steigende Preise: Was passiert auf dem Mietwohnungsmarkt in der Ukraine?], 24.05.2022, <https://focus.ua/uk/economics/516697-shalenyj-popyt-ta-zdorozhchannya-shcho-vidbuwajetsya-na-rinku-orendi-zhitla-v-ukrajini-infografika>.

Warum der EU-Kandidatenstatus für die Ukraine sicherheitspolitisch geboten und längst überfällig ist

Von Oleksandra Keudel (Kyiv School of Economics, Berlin),

Nataliya Pryhorynyska (Initiative für Wissensaustausch, Empowerment und Kultur e.V., Berlin)

Die Frage nach dem EU-Kandidatenstatus für die Ukraine war ein Lackmustest für die Europäische Union. Es ging dabei schließlich um ihre außenpolitische Klarheit, Glaubwürdigkeit als Werteunion und Geschlossenheit in Krisenzeiten. Mit der positiven Entscheidung hat die EU ihre Fähigkeit dazu bekräftigt.

Die EU ist ein Garant für Frieden, Freiheit und Demokratie in Europa. Daher musste sie vor allem an sich selbst beweisen, dass sie sich nicht von Gewaltdrohungen einschüchtern lässt. Der russische flächendeckende Angriffskrieg auf die Ukraine ist eine Fortsetzung der Strategie Putins, die regelbasierte europäische Ordnung zu zerstören. Es ist gleichzeitig eine Folge aus der Tatsache, dass die EU sich zu lange geweigert hat, eine selbstbewusste Außenpolitik zu führen, die den eigenen EU-Prinzipien und Werten – und nicht nur ihrer wirtschaftlichen Interessen – entspricht.

Die ukrainische Gesellschaft verteidigt ihre europäischen Werte seit Jahren, und die Ukraine ist das einzige Land in Europa, in dem Menschen für die EU bzw. ihre Werte gestorben sind. Die Integration der Ukraine in die europäische Familie wäre daher nur folgerichtig. Der Kandidatenstatus jetzt ist ein Zeichen des Agierens, und nicht nur des Reagierens seitens der EU und sollte, im Zusammenhang mit Waffenlieferungen, in diesem Krieg zu einem Game-Changer werden. Die Anerkennung der Ukraine als Teil der europäischen Gemeinschaft soll die Diskussion, *ob* die Ukraine überhaupt einer Unterstützung wert ist, beenden und schafft Raum um darüber nachzudenken, *wie* die Ukraine für einen militärischen Sieg unterstützt werden muss.

Auch die Glaubwürdigkeit der EU als Werteunion stand aufgrund der Entscheidung über den Kandidatenstatus auf dem Spiel. Denn die europäische Bestrebung der Ukraine ist tief im gesellschaftlichen Bewusstsein verwurzelt und hat eine lange politische Vorgeschichte. In zwei pro-europäischen Revolutionen hat die ukrainische Gesellschaft Reformen auf Grundlage der europäischen Ordnung eingefordert: Die Orange Revolution von 2004/05 hat die ukrainischen Bürger:innen gegen gefälschte Wahlen mobilisiert, während 2013/14 beim Euromaidan bzw. der Revolution der Würde Hunderttausende für ihre europäische Wahl, ihre Würde und ihre Freiheit von staatlicher Unterdrückung eintraten. Obwohl der europäische Weg ein schwieriges und langwieriges Unterfangen ist, ist die gesellschaftliche Unterstützung für die Europäische Union von 49 Pro-

zent im Jahr 2013 auf aktuell eindrucksvolle 91 Prozent gestiegen.

Die Annäherung zwischen der EU und der Ukraine findet bereits seit langem statt: Seit 2009 ist die Ukraine Mitglied der Östlichen Partnerschaft, 2014 wurde das Assoziierungsabkommen unterzeichnet und seit 2016 besteht eine tiefgreifende und umfassende Freihandelszone. Von dieser Annäherung haben beide Seiten profitiert. In nur fünf Jahren nach der Etablierung der Freihandelszone hat sich der Gesamthandel zwischen der EU und der Ukraine fast verdoppelt und erreichte im vorigen Jahr 52 Milliarden Euro.

Die Ukraine hat sich wie kaum ein anderes Land für den Kandidatenstatus vorbereitet. Sie stellt sich selber einen eigenen hohen Anspruch an die Erfüllung der europäischen Standards, mit der expliziten Bitte an die EU, die Anforderungen stetig zu aktualisieren. Die Ukraine hat ihre technischen Standards in vielen komplexen Bereichen an die EU bereits angepasst, sich zum European Green Deal bekundet und wurde an das europäische Stromnetzwerk angeschlossen. Gesellschaftlicher Austausch wurde durch die Visaliberalisierung 2017 deutlich erleichtert und findet zum Beispiel im Rahmen des ERASMUS-Programms für Studiums- und Praktika-Mobilität statt. Die von der EU unterstützte Dezentralisierungsreform verbesserte, zusammen mit der Modernisierung und Digitalisierung, die staatliche Verwaltung und stärkte die Demokratisierung »von unten«. Dadurch profitieren lokale Gemeinden nicht nur politisch (durch mehr Unabhängigkeit) und finanziell (durch gestiegene Mittel), sondern können durch mehr Transparenz und neue Bürgerbeteiligungsformate die Vergabe öffentlicher Mittel effizienter steuern und dadurch weitere Investitionen anlocken. Dies ist ein klarer Beweis dafür, dass die europäischen Praktiken auch in der Ukraine erfolgreich funktionieren.

Dennoch ist allen klar, dass weitere Reformen in der Ukraine für die EU-Mitgliedschaft unabdingbar sind. Dafür bieten der EU-Kandidatenstatus und der Beitrittsprozess die besten Rahmenbedingungen. Denn der EU-Kandidatenstatus bedeutet keinen automatischen Beitritt der Ukraine in die EU, sondern ist an strikte Konditionen gebunden. Eine realistische Perspektive auf die volle EU-Mitgliedschaft stellt den größten Anreiz dar, die notwendigen Reformen durchzuführen. Denn das Tempo des Beitritts hängt von der Umsetzung der Anforderungen und somit von der Ukraine selbst ab.

Mit der Umsetzung zahlreicher Reformen für die 2017 erfolgte Visaliberalisierung hat die Ukraine bewiesen, dass sie erfolgreiche Reformen durchführen kann.

Die Debatte zwischen den EU-Mitgliedern über den Kandidatenstatus der Ukraine drohte die EU zu spalten. Es gab ernsthafte Sorge, dass vor allem Deutschland, Frankreich, die Niederlande und Italien gegen den Kandidatenstatus der Ukraine stimmen würden.

Über die Autorinnen:

Dr. *Oleksandra Keudel* ist Lehrbeauftragte an der Kyiv School of Economics und forscht zur Anti-Korruptionsbewegung und lokaler Demokratie in der Ukraine. Sie engagiert sich für die Allianz Ukrainischer Organisationen.

Nataliya Pryhornytska ist Politikwissenschaftlerin und Aktivistin. Sie ist stellvertretende Vorsitzende der Initiative für Wissensaustausch, Empowerment und Kultur e.V. (IWEK e.V.) und Mitbegründerin der Allianz Ukrainischer Organisationen.

Damit hätten sie sich gegen die mittelosteuropäischen Mitgliedstaaten, die überwiegend den Kandidatenstatus befürworteten, positioniert. Dass der Kandidatenstatus schließlich erteilt wurde, zeigt, dass die EU-Mitglieder sich ihrer großen Verantwortung für die Zukunft der EU bewusst sind und in entscheidenden Situationen geschlossen agieren können.

Was der EU-Kandidatenstatus für die Ukraine bedeutet

Von Eduard Klein (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

24. August 1991: Die Ukraine erklärt sich unabhängig von der Sowjetunion. In den 1990er Jahren durchlebt das Land zunächst eine schwere Transformationskrise, berappelt sich in den 2000ern allmählich und rückt infolge zweier politischer Revolutionen sukzessive ab von Russland. Gleichzeitig rückt die Ukraine näher heran an die EU, mit der die Ukrainer:innen Werte wie Freiheit und Demokratie verbinden und teilen. Eine EU-Vollmitgliedschaft scheint jedoch in weiter Ferne, das Angebot der EU lautet lediglich »Östliche Partnerschaft« und Assoziierungsabkommen ohne klare Beitrittsperspektive.

24. Februar 2022: Russland startet einen brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Der russische Präsident Wladimir Putin stellt, wie aus seinen jüngsten pseudohistorischen Exkursen hervorgeht, die '91 erlangte Souveränität der Ukraine in Frage und spricht ihr gar das Existenzrecht ab. Der revisionistische Krieg ist Putins verzweifelter Versuch, die Ukraine mit militärischer Gewalt in den russischen Einflussbereich zurückzuholen und ihre weitere Westintegration zu verhindern.

23. Juni 2022: Fast auf den Tag genau vier Monate nach Kriegsbeginn eine erneute Zäsur: Der EU-Rat erklärt die Ukraine, gemeinsam mit der Republik Moldau, offiziell zum EU-Beitrittskandidaten. Damit endet ein lang ersehntes Warten in der Ukraine und eine neue Etappe der EU-Integration beginnt. Das geschieht wahrlich unter den schwierigsten Bedingungen, inmitten eines zerstörerischen Krieges, der dem Land wichtige humane, politische, wirtschaftliche und administrative Ressourcen raubt.

Der Krieg wird die Umsetzung der tiefgreifenden Reformen, die zur Erfüllung der Kopenhagener Kriterien notwendig sind, erschweren. Diese Kriterien basieren auf politischen, wirtschaftlichen und juristischen (»Acquis communautaire«) Anforderungen, die von allen EU-Kandidaten umgesetzt werden müssen. In allen drei Bereichen hat die Ukraine Defizite. So lehnten z. B. Dänemark und Schweden lange Zeit den EU-Kandidatenstatus für die Ukraine ab, da die Rechtsstaatlichkeit nach wie vor auf wackligen Beinen steht.

Gleichzeitig sollte man nicht außer Acht lassen, dass seit dem Euromaidan und vor allem durch die Implementierung des EU-Assoziierungsabkommens ein großer Schritt – oder besser gesagt viele kleine Schritte – in Richtung EU bereits getan wurde. Laut Kommissionspräsidentin von der Leyen hat die Ukraine im Rahmen des Abkommens seit 2016 bereits 70 Prozent der EU-Normen und -Standards umgesetzt. Der nun verliehene Kandidatenstatus ist daher nicht bloß ein Geschenk aus Brüssel, sondern vor allem auch das Ergebnis der jahrelangen Bemühungen und Veränderungen, die Reformkräfte des Landes hart erkämpft haben. Sie haben die Ukraine zu einer qualifizierten Beitrittskandidatin gemacht.

So wurde unter anderem eine umfassende institutionelle Antikorruptionsinfrastruktur aufgebaut, die sogar in Kriegszeiten weiter funktionsfähig ist. Der Bankensektor wurde restrukturiert und zeigt sich angesichts des Krieges erstaunlich stabil, ebenso wie die staatliche Verwaltung, deren in den letzten Jahren vorangetriebene Modernisierung, Digitalisierung und Dezentralisierung sich nun besonders auszahlt. Auch die Geschwindigkeit,

mit der das Parlament und Präsident Selenskyj innerhalb weniger Tage vor dem EU-Gipfel die seit Jahren verschleppte Ratifizierung der sog. Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt durchbekommen haben, zeigt: Der politische Wille, die von der EU geforderten Reformen auch gegen innere Widerstände anzugehen, ist da.

Dass die Bedingungen der EU-Kommission, wie von der Vize-Ministerin für europäische und euroatlantische Integration, Olha Stefanischyna, angekündigt, tatsächlich bis Ende des Jahres umgesetzt werden, scheint angesichts der aktuellen Umstände zwar unwahrscheinlich. Wichtiger als das Tempo ist aber ohnehin die klare Linie des Reformprozesses: Stärkung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit, Abbau von Oligarchie, Informalität und Korruption. Eine klare EU-Perspektive fördert diesen Prozess.

Das Beitrittsangebot ist an strikte Konditionen gebunden und fungiert somit als Zuckerbrot und Peitsche. Das gibt den politischen Reformern und zivilgesellschaftlichen Kräften in Kyjiw Anreize und Mittel, gemeinsam mit der Unterstützung aus Brüssel viel zu bewegen. Dass dieses »Sandwich-Modell« funktioniert, zeigt das Beispiel der EU-Visaliberalisierung, für deren Einführung 2017 die Ukraine zahlreiche Reformen durchführen musste: Die EU forderte konkrete Fortschritte, insbesondere in den Bereichen Anti-Diskriminierung und Korruptionsbekämpfung, und die Ukraine setzte mit der konkreten Aussicht auf die Visaliberalisierung weitreichende Reformen auch gegen interne Widerstände um. Anschließend gab es angesichts der fehlenden EU-Beitrittsperspektive weniger Reformanreize – und der Reformprozess geriet ins Stocken. Die volle EU-Mitgliedschaft ist der Traum vieler Ukrainer:innen (laut jüngsten Umfragen befürworten 87 Prozent den EU-Beitritt) und wäre ein noch größere-

rer Anreiz als die Visaliberalisierung. Der Kandidatenstatus verschafft dem innenpolitischen Reformprozess neuen Auftrieb.

Angesichts des russischen Krieges in der Ukraine wird der EU-Kandidatenstatus von vielen im Westen lediglich als symbolischer Schritt betrachtet. Tatsächlich weiß niemand, wie lange der Krieg noch dauern wird und welche Territorien die Ukraine in einem, in fünf oder in zehn Jahren de facto kontrollieren wird. Stand heute lässt sich nicht einmal sagen, ob das gesamte Territorium der Ukraine der EU beitreten kann, oder vielleicht nur ein Teil des Landes, wie im Falle Zyperns, wo die Republik Zypern im Süden der Insel seit 2004 der EU angehört, nicht aber die durch eine UN-Pufferzone getrennte und international nicht anerkannte Türkische Republik Nordzypern. Mit der Verleihung des Kandidatenstatus geht für die EU die Verpflichtung einher, die Ukraine militärisch und finanziell noch stärker als bisher zu unterstützen, damit sie den Krieg auch wirklich gewinnen und beenden kann. Schließlich hat die EU selbst das größte Interesse an stabilen, friedlichen und prosperierenden Mitgliedsstaaten.

Für viele Ukrainer:innen bedeutet der neue Status noch etwas anderes – etwas, das in Zeiten des Krieges vielleicht sogar noch bedeutsamer ist: Ein Kreis, der 1991 seinen Anfang nahm, schließt sich. Die Menschen fühlen sich erstmals seit ihrer Unabhängigkeit nicht mehr als Pufferstaat zwischen Ost und West oder als Vorhof Russlands. Sie spüren die Anerkennung für ihre erbrachten Leistungen und fühlen sich als ein politisches Subjekt mit einer realistischen Zukunftsperspektive in der EU – und damit als Teil der europäischen Familie. Das gibt ihnen in der schwersten Stunde seit der Unabhängigkeit den nötigen Mut und die Kraft, um gegen die äußeren Invasoren und die inneren Reformblockierer vorzugehen.

Über den Autor:

Dr. *Eduard Klein* ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Redakteur der Ukraine-Analysen.

Der Status eines EU-Kandidatenlandes für die Ukraine: symbolische Bedeutung und praktische Implikationen

Von Iryna Solonenko (Zentrum Liberale Moderne, Berlin)

Nachdem die EU beschlossen hat, der Ukraine den Status eines Beitrittskandidaten zu verleihen, stellt sich nun die Frage, was dies für beide Seiten und für die bilateralen Beziehungen bedeutet. Eine weitere wichtige Frage, über die man nachdenken sollte, ist: Wie sollten

wir von hier aus vorgehen, um dieser Entscheidung eine praktische Dimension zu verleihen?

Diese Entscheidung hat in der Tat mehrere Dimensionen. Erstens hat sie eine sehr wichtige symbolische Bedeutung – ein Signal von Seiten der EU, dass die

Ukraine in einem geopolitischen Sinne zu Europa gehört. Einerseits ist es eine klare Anerkennung der Subjektivität der Ukraine (da diese Entscheidung die Antwort auf den Beitrittsantrag ist, den die Ukraine Anfang März, nur wenige Tage nach dem Beginn der russischen Invasion, gestellt hat). Andererseits ist es eine klare Botschaft der EU, dass sie die Ukraine nicht als Teil der russischen Einflussosphäre betrachtet. Für die Ukraine sind diese Signale sehr wichtig: 2013–2014, während der Revolution der Würde, zahlten die Ukrainer einen hohen Preis dafür, dass sie das Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnen konnten (dies wurde durch die Revolution der Würde möglich, die 91 Menschen das Leben kostete, um den Präsidenten Janukowytsch zu stürzen, der auf Druck Putins die europäische Integration der Ukraine blockierte). Der Kandidatenstatus ist eine klare Anerkennung der Bestrebungen der Ukraine, als vollwertiges Mitglied der europäischen Staatengemeinschaft angesehen zu werden.

Zweitens ist der Kandidatenstatus ein Instrument zur Förderung von Reformen in der Ukraine. Akademische Forschungen über die EU-Erweiterung haben ergeben, dass die Verleihung des Kandidatenstatus an ein Land proeuropäische, reformorientierte Akteure in diesen Ländern stärkt und so Reformen bewirkt. Das Erreichen neuer Schwellenwerte auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft, wie z. B. die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen, bietet einen Anreiz für die Durchführung von Reformen. Wir wissen auch aus der Geschichte der Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine, dass Reformforderungen, die an bestimmte Anreize geknüpft sind, funktionieren. Dies war der Fall beim Aktionsplan zur Visaliberalisierung. Der Anreiz der Aufhebung der Visumpflicht für Reisen in den Schengen-Raum (die 2017 Realität wurde) und die damit verbundenen Reformforderungen führten zur Entwicklung der Infrastruktur zur Korruptionsbekämpfung und zu wichtigen Schritten bei der Reform des Justizwesens.

Unter diesem Gesichtspunkt können die Bedingungen, die die Europäische Kommission in ihrer Stellungnahme dargelegt hat, als wichtiges Instrument für reformorientierte Akteure in der Ukraine dienen. Die meisten der sieben in der Stellungnahme skizzierten Reformschritte betreffen die Reform des Justizwesens

und die Korruptionsbekämpfung. Wenn der politische Wille vorhanden ist, können diese Schritte auch recht schnell umgesetzt werden. Wichtig ist, dass sich die EU das Recht vorbehalten hat, den Kandidatenstatus zurückzuziehen, wenn diese Reformforderungen nicht erfüllt werden. Es bleibt abzuwarten, was daraus folgt.

Drittens erfordern die Erfahrungen der westlichen Balkanländer, d. h. ihr ins Stocken geratener Beitrittsprozess, eine Reform des Erweiterungsverfahrens. Eine der Ideen, die von mehreren Experten/Think-Tanks wie CEPS und ECFR/SWP geäußert wurde, schlägt einen gestaffelten EU-Integrationsprozess vor. Dieser Idee zufolge sollten die EU-Beitrittskandidaten die Möglichkeit erhalten, verschiedenen Sektoren des EU-Binnenmarktes beizutreten, sobald die Anforderungen in bestimmten Sektoren erfüllt sind. Diese Länder sollten auch eingeladen werden, an den Treffen des Rates der EU in verschiedenen Zusammensetzungen ohne Stimmrecht teilzunehmen.

In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass die Ukraine bereits Fortschritte in dieser Richtung gemacht hat. Ihr Assoziierungsabkommen mit der EU setzt voraus, dass die Ukraine fast die gesamte Gesetzgebung des Gemeinsamen Marktes der EU in die nationale Gesetzgebung übernimmt. In einigen Bereichen hat die Ukraine bereits erhebliche Fortschritte gemacht. Eine CEPS-Studie von April 2022 zeigt, dass von 26 Kapiteln des Assoziierungsabkommens (die identisch sind mit den Verhandlungskapiteln im Rahmen des Erweiterungsprozesses), die Ukraine in acht Bereichen »gute« oder »recht gute« Fortschritte aufweisen kann, es in 11 weiteren »mäßig gut« vorangeht und dass bei sieben Kapiteln deutliche Verbesserungen erforderlich sind. Der Anreiz, nach Erfüllung der entsprechenden Bedingungen Teilen des Binnenmarktes beizutreten, wird dem Beitrittsprozess Auftrieb verleihen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Entscheidung der EU, der Ukraine den Kandidatenstatus zu verleihen, einen wichtigen symbolischen Wert hat. Sie bedeutet aber auch den Beginn eines Prozesses, in dem die Ukraine die Chance hat, ihre Reformbereitschaft unter Beweis zu stellen, während die EU bereit sein sollte, konkrete Integrationsanreize zu bieten, bevor ein vollständiger Beitritt zur EU möglich ist.

Über die Autorin

Dr. Iryna Solonenko ist Senior Fellow beim Zentrum Liberale Moderne in Berlin.

»Heute wird über die Zukunft Europas entschieden«

Von Olha Stefanischyna (Kyjiw)

Dieser Moment ist ein historischer Wendepunkt, sowohl für die Ukraine als auch für die EU. Die Verleihung des EU-Kandidatenstatus an die Ukraine wird strategische Klarheit in die Region bringen. Außerdem wird der Kandidatenstatus der Ukraine beweisen, dass Russland mit seinen imperialistischen Träumen gescheitert ist und Europa nicht in Einflussphären aufteilen konnte. Das könnte zu einer Sollbruchstelle in diesem Krieg werden. In der Vergangenheit hat die Zweideutigkeit der EU und der NATO in Bezug auf die Ukraine nur zu weiteren Aggressionen seitens Russlands geführt.

Der Kandidatenstatus wird zeigen, dass die EU eine strategische Vision und das Engagement hat, den Frieden und die demokratische Entwicklung Osteuropas zu sichern. Außerdem wird der Kandidatenstatus unsere Position in den Friedensverhandlungen mit Russland stärken. Er wird das Vertrauen der EU in die Ukraine und unsere gemeinsame Zukunft demonstrieren.

Russland hat lange mit den Widersprüchen in Europa gespielt und versucht, die europäische Solidarität und die europäischen Werte zu zerstören. Seine Instrumente sind Abhängigkeit von Gas, Spionagenetze, Einschüchterung und Propaganda, die darauf abzielen, Europa zu zerstören, wie es ist. Jetzt hat Putin einen brutalen Krieg gegen die Ukraine begonnen – und seine Ziele gehen über die Ukraine hinaus. Heute wird über die Zukunft Europas entschieden, und wir sind der festen Überzeugung, dass die EU mit der Ukraine stärker sein wird.

Einige Länder kritisieren den »Fast-Track«-Ansatz. Gibt es einen solchen?

Wir fordern die EU nicht auf, ein spezielles Schnellverfahren für die Ukraine zu schaffen. Regeln machen die Europäische Union stark und wir respektieren diesen Ansatz. Deshalb bitten wir um eine ehrliche Bewertung unseres Antrags, wie es das allgemeine Verfahren vorsieht und um eine Entscheidung auf der Grundlage des Gutachtens der Europäischen Kommission im Juni. Wir sind zuversichtlich, dass unser Reformkurs der letzten acht Jahre sowie unser nachweislich starkes Engagement für demokratische Werte ein guter Ausgangspunkt auf unserem Weg zur EU-Mitgliedschaft sind. Uns ist klar, dass dies nicht von heute auf morgen geschehen wird. Es wird Zeit brauchen und wir sind dafür bereit.

Wie lange dieser Prozess dauern wird, hängt von der ukrainischen Seite und unseren Möglichkeiten zur Durchführung von Reformen ab. Aber im Moment ist es wichtig, eine klare rechtliche Verpflichtung für die europäische Zukunft der Ukraine durch den Kandida-

tenstatus einzugehen. Die Ukraine hat zu viele Versprechen gehört. Jetzt fordern wir eine klare Entscheidung.

Was sagen Sie denjenigen, die behaupten, die Ukraine sei nicht bereit?

2014 unterzeichneten die Ukraine und die EU das Assoziierungsabkommen – eines der ehrgeizigsten Abkommen, das die EU jemals mit Drittländern geschlossen hat. Es umfasst rund 90 Prozent des wirtschafts- und handelsbezogenen Besitzstands. Heute hat die Ukraine etwa 63 Prozent dieses Abkommens umgesetzt, das alle Lebensbereiche des Landes abdeckt. Darüber hinaus hat die EU im Jahr 2021 nach einer umfassenden Überprüfung der Verwirklichung der Ziele des Assoziierungsabkommens eine insgesamt positive Bewertung abgegeben. Das bedeutet, dass ein großer Teil der ukrainischen Gesetzgebung an die der EU angeglichen ist.

Als Ergebnis unserer Reformen erhielten wir 2017 eine Visaliberalisierung mit der EU. 2021 wurde ein Abkommen über einen gemeinsamen Luftverkehrsraum unterzeichnet und 2022 wurde das ukrainische Stromnetz vollständig mit dem kontinentaleuropäischen Netz synchronisiert. Dies ist nur ein Teil der Erfolgsgeschichten unserer Zusammenarbeit. Es wurden eine Reihe von Strukturereformen durchgeführt, vom Finanzsektor bis zum Aufbau starker lokaler Gemeinschaften (Dezentralisierungsprozess), eine selbst für Europa beispiellose digitale Transformation und staatliche Transparenz. Die Ukraine hat sich verändert, wir haben starke und widerstandsfähige Institutionen. Das hat sich nach der russischen Invasion in vollem Umfang gezeigt.

Natürlich gibt es noch viel zu tun, um ein vollwertiges Mitglied der EU zu werden. Der Kandidatenstatus wird uns Klarheit verschaffen und helfen, den Reformprozess zu strukturieren.

Kritiker bemängeln unzureichende Fortschritte bei der Reform des Justizwesens und der Korruptionsbekämpfung. Haben sie Recht?

Der Mythos, die Ukraine sei das korrupteste Land, ist höchst irreführend. Seit 2014 wurde in der Ukraine viel für die Prävention und den Abbau von Korruption getan. Wir sind uns bewusst, dass dies eine Herausforderung für unser Land wie auch für alle anderen Länder ist. Das Wichtigste ist, dass die ukrainischen Bürger und die aktive Zivilgesellschaft in dieser Frage weiterhin Druck auf die Regierung ausüben werden. Daran kann es keinen Zweifel geben. Übrigens hat die Ukraine laut dem Korruptionswahrnehmungsindex von Trans-

parency International in etwa die gleiche Punktzahl wie andere Kandidatenländer.

Heutzutage ist die Ukraine ein Vorreiter bei der digitalen Transformation. Die breite Einführung digitaler Lösungen hat dazu beigetragen, die Kontakte zwischen Bürgern und Beamten zu reduzieren und damit auch die Möglichkeiten für Korruption zu beseitigen. Wir haben auch eine Reform des öffentlichen Auftragswesens durchgeführt, die es absolut transparent gemacht hat.

Mit Unterstützung der EU hat die Ukraine eine Antikorruptionsarchitektur aufgebaut und spezielle Antikorruptionsbehörden eingerichtet, wie die Nationale Agentur für Korruptionsprävention, das Nationale Antikorruptionsbüro der Ukraine und das Hohe Antikorruptionsgericht, die sich auf große Korruptionsfälle im Land konzentrieren.

Wichtig ist auch, dass die Ukraine im Jahr 2021 die notwendigen Gesetzesentwürfe verabschiedet hat, um das gesamte Justizsystem neu zu gestalten, was auch von der EU unterstützt wurde.

Gibt es genügend Unterstützung innerhalb der EU?

Was mich am meisten freut, ist, dass der ukrainische Beitrittsantrag von den meisten Europäern unterstützt wird, insbesondere von 61 Prozent der Deutschen. Da die EU auf einer demokratischen Grundlage aufgebaut ist, muss sichergestellt werden, dass die politischen Entscheidungen nicht hinter den Forderungen der Bürger zurückbleiben.

Wir sehen die politische Unterstützung vieler EU-Länder und wir wissen dies zu schätzen. Es gibt nur einige Länder, die zögern. Wir sprechen mit ihnen und ich hoffe sehr, dass unsere Freunde die richtige Entscheidung treffen werden. Für uns ist es wichtig, dass unser Dialog mit der EU auf einem leistungsorientierten Ansatz beruht und nicht auf irgendwelchen Mythen oder Bedenken. Bei meinen zahlreichen Gesprächen mit führenden Vertretern der EU oder mit Experten habe ich keine eindeutigen Argumente gegen die Zuerkennung des Kandidatenstatus für die Ukraine gehört.

91 Prozent der Ukrainer unterstützen den EU-Beitritt. Und die mangelnde Bereitschaft der EU, »Ja« zur Ukraine zu sagen (trotz der Opfer, Verpflichtungen und

Reformerfolge der ukrainischen Nation), wird von den Ukrainern als »Nein« empfunden werden. Das wird verheerende Auswirkungen auf eine Nation haben, die derzeit um ihre europäische Zukunft kämpft.

Wie sehen die nächsten Schritte nach der Verleihung des Kandidatenstatus aus?

Vorrangig geht es für uns darum, den Krieg zu gewinnen und das Land wieder aufzubauen. Derzeit arbeitet die Ukraine gemeinsam mit der Europäischen Union an Plänen für den künftigen Wiederaufbau des Landes. Die Idee ist, dass die internationalen Investitionen dazu genutzt werden, die Ukraine auf eine künftige Mitgliedschaft vorzubereiten. Daher wird dieser Prozess sowohl Infrastrukturprojekte als auch Reformen umfassen. Ein wichtiges Thema für die Ukraine ist heute beispielsweise die Verbindung der ukrainischen und europäischen Eisenbahnen. Die Ukraine plant den schrittweisen Bau einer europäischen Eisenbahnstrecke.

Der ganze Prozess wird von unserer schrittweisen Integration in den Binnenmarkt der Europäischen Union begleitet. Weiter ist geplant, dem Abkommen über das gemeinsame Versandverfahren beizutreten, das zur Beschleunigung des Warenverkehrs beitragen wird, dem EU-Roaming-Raum beizutreten, den einheitlichen Zahlungsverkehrsraum in der europäischen Währung SEPA zu nutzen und weitere, integrierende Schritte zu gehen.

Der EU-Erweiterungsprozess ist ins Stocken geraten. Sie haben sich mit einigen führenden Vertretern der westlichen Balkanstaaten getroffen. Was sagen die zu ihnen?

Vor einer Woche war ich zu Besuch in der Slowakei, wo ich mit dem Premierminister von Nordmazedonien, Dimitar Kovačevski, zusammengetroffen bin. Skopje versteht und unterstützt uns, insbesondere unseren Wunsch, den Prozess der Integration in die EU einzuleiten. Es stimmt, dass der Erweiterungsprozess, der eines der stärksten Soft-Power-Instrumente der EU ist, ins Stocken geraten ist. Aber ich bin überzeugt, dass der Beitritt der Ukraine diesem Prozess neuen Schwung verleihen wird. Wir betrachten die westlichen Balkanstaaten als unsere Partner und Verbündeten auf dem Weg zum EU-Beitritt.

Der Gastbeitrag erschien am 14.06.2022 auf der Website von Ukraine Verstehen, <https://ukraineverstehen.de/stefanishyna-heute-wird-ueber-die-zukunft-europas-entschieden/>. Wir danken der Redaktion von Ukraine Verstehen für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Über die Autorin:

Olha Stefanishyna ist seit 2020 stellvertretende Premierministerin für europäische und euro-atlantische Integration der Ukraine. Zuvor hat sie sowohl in der Abteilung für internationales Recht als auch für die Abteilung für europäische Integration im ukrainischen Justizministerium gearbeitet. Von 2017 bis 2019 war sie Direktorin, bzw. Generaldirektorin, des Regierungsbüros für die Koordinierung der europäischen und euro-atlantischen Integration im Sekretariat des Ministerkabinetts der Ukraine.

Auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft: Alte und neue ukrainische Wege zur europäischen Integration

Von Andreas Umland (Stockholmer Zentrum für Osteuropastudien)

Mit der Verleihung des Kandidatenstatus durch den Europäischen Rat übersprangen die Ukraine und Moldau am 23. Juni 2022 eine Vorstufe im Erweiterungsprozedere der EU. Sie hatten bis dahin noch keine ausdrückliche Mitgliedschaftsperspektive erhalten; diese wurde den beiden Ländern sowie Georgien am selben Tag vom höchsten Entscheidungsorgan der EU zugesprochen. Anders als Georgien, Kosovo sowie Bosnien und Herzegowina sind die Ukraine sowie Moldau seither nicht nur potenzielle, sondern bereits vollwertige Bewerberländer der EU. Die beiden Länder gelangten damit im Beitrittsprozess der Union direkt auf eine Stufe mit Albanien, Nordmazedonien, Montenegro, Serbien und der Türkei.

Noch einige Wochen vor dieser Entscheidung schien ein solcher Erfolg Kyjiws und Chişinăus angesichts gemischter Signale aus verschiedenen europäischen Hauptstädten unwahrscheinlich. Eine entscheidende Rolle für den schließlichen Konsens der 27 Mitgliedsländer spielte offenbar der gemeinsame Besuch des französischen und rumänischen Präsidenten, italienischen Premierministers und deutschen Bundeskanzlers in Kyjiw kurz zuvor sowie deren dortige demonstrative Unterstützung für die EU-Bewerbung der Ukraine. Die kollektive proukrainische Stellungnahme von Olaf Scholz, Mario Draghi, Klaus Johanns und Emmanuel Macron in Kyjiw sandte ein wichtiges Signal an die anderen EU-Regierungen. Wahrscheinlich verhinderte sie ein mögliches Veto etlicher zweifelnder Mitgliedsstaaten der Union, d. h. eine Beschränkung der Ratsentscheidung auf eine lediglich potenzielle Kandidatur für die Ukraine und Moldau, so wie dies für Georgien beschlossen wurde.

Damit ist für Kyjiw und Chişinău nun der Weg zum EU-Beitritt vorgezeichnet. Die künftige Hauptaufgabe unterscheidet sich freilich in ihrer Substanz nur wenig von derjenigen der letzten sechs Jahre: Die Implementierung der 2014 unterzeichneten und 2016 in Kraft getretenen Assoziierungsabkommen der Ukraine, Moldaus sowie auch Georgiens mit der EU. Diese Verträge sind ihrem Inhalt nach bereits Fahrpläne zur Integration und nicht nur Assoziation der Staaten mit der Union. Insofern hat die, im Vergleich zu den anderen beiden Mitgliedern des Assoziierungstrios, niedrigere formale Stufe Georgiens als lediglich potenzieller Kandidat seit dem 23. Juni nur geringe praktische Auswirkungen. Für alle drei Staaten bleibt unterschiedslos die Implementierung ihrer Assoziierungsabkommen der Königsweg in die EU.

Doch gibt es weitere Instrumente, die Kyjiw zur Stärkung der eigenen und gesamteuropäischen Resilienz nutzen kann. Dabei fällt der Ukraine als großer und im Kon-

text ihrer erfolgreichen Verteidigung gegen Russland vielbeachteter Staat eine neue Rolle im westlichen MächtKonzert zu. Mit diesem Potenzial sollte die Ukraine versuchen, neue Wege bei ihrer eigenen Annäherung an die EU und zur Unterstützung der europäischen Staatengemeinschaft zu gehen. Kyjiw kann dabei Moldau sowie Georgien, wie schon bezüglich der Erlangung der EU-Mitgliedschaftsperspektive, quasi mitnehmen.

Erstens bietet sich für die drei Länder ein Einschluss in zumindest Teile des von der EU ursprünglich für die Balkanstaaten geschaffenen Institutionennetzwerks zur Vorbereitung auf den Unionsbeitritt an. Dies betrifft folgende im Westbalkan bereits seit vielen Jahren aktive Strukturen: Regionaler Kooperationsrat (RCC), Zentraleuropäisches Freihandelsabkommen (CEFTA), Regionale Antikorruptionsinitiative (RAI), Südosteuropäisches Gesundheitsnetzwerk (SEEHN), Südöstliche Arbeitsgruppe für regionale und ländliche Entwicklung (SWGRD), Zentrum für öffentliche Arbeitsvermittlung für südosteuropäische Länder (CPESSEC), Regionales Zentrum für Jugendkooperation (RYCO), Südosteuropäisches Strafverfolgungszentrum (SELEC), Zentrum für Sicherheitskooperation (RACVIAC), Bildungsreforminitiative für SOE (ERISEE), Regionale Schule für öffentliche Verwaltung (RESPA), Regionales Katastrophenschutzvorbereitungszentrum (DPPI), Südosteuropäisches Zentrum für unternehmerisches Lernen (SEECCEL), Exzellenzzentrum für Finanzen (CEF) und Regionales Umweltzentrum (REC).

Zweitens sollte die Ukraine, wie zuvor schon Georgien, sein bislang kompliziertes Niederlassungs- und Arbeitsrecht für Immigranten aus den EU- und bestimmten anderen Staaten (USA, Kanada, Großbritannien, Norwegen, Schweiz, Australien usw.) liberalisieren. Das Ansiedlungsrecht für alle EU-Bürger ist ohnehin in der angestrebten Unionsmitgliedschaft inbegriffen. Ähnlich ihrer zunächst einseitigen Liberalisierung der Einreisebestimmungen für EU-Bürger 2005, könnte die Ukraine wiederum einseitig und vor dem EU-Beitritt seine Niederlassungsregeln für Ausländer aus befreundeten Ländern vereinfachen. Denkbar wäre eine automatische mehrjährige Aufenthalts-, Studien-, Gewerbe- und Erwerbserlaubnis bei Registrierung einer Meldeadresse in der Ukraine. Dies kann bereits im jetzigen Kriegszustand der Ukraine für einzelne ausländische Militär- und Entwicklungshelfer von Bedeutung sein. Nach Erreichung eines Waffenstillstandes würde dies die Tätigkeit westlicher Organisationen und Investoren in der Ukraine erleichtern.

Drittens bietet sich mit Erlangung des Kandidatenstatus eine Kombination der in dieser Beitrittsstufe vor-

gesehenen EU-Hilfen mit anderen bereits existierenden sowie künftigen westlichen Integrations-, Investitions- und Wiederaufbauprogrammen an. So sollten sich die Ukraine, Moldau und Georgien um einen Einschluss in die Dreimeeresinitiative der östlichen EU-Mitgliedsländer bemühen. Der Ukraine könnte hierbei zupasskommen, dass der für sie vorgesehene »Marshallplan« zum Wiederaufbau des Landes erhebliche Transfers aus verschiedenen westlichen Ländern und Organisationen nach Kyjiw vorsieht.

Diese Mittel könnten nicht nur dafür eingesetzt werden, allgemeine Reformen und Anpassungen im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses des Landes zu unterstützen. Sie könnten ebenfalls laufende oder neue transnationale Infrastruktur- und Energieprojekte der Dreimeeresinitiative in Osteuropa und im Schwarzmeerraum geographisch und technisch ausweiten. Auch könnte ein Teil der offenbar großen künftigen westlichen Finanzhilfe zur Bildung einer politischen Risikoversicherung für ausländische Privatinvestoren in der Ukraine verwendet werden, unter Umständen unter Beteiligung der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur (MIGA) der Weltbankgruppe.

Viertens kann die Ukraine ihre in den vergangenen Monaten hörbarer gewordene Stimme in der Welt dazu nutzen, um den gesamteuropäischen Koordinations- und Entscheidungsprozess prowestlicher Länder im eigenen Interesse mitzuentwickeln. In dieser Richtung gab es in den letzten Monaten eine Reihe neuer Vorschläge westeuropäischer Politiker und Experten. Diese Ideen zur Ausweitung des derzeitigen Institutionengefüges zielen darauf ab, ältere transeuropäische Organisationen, wie den Europarat und die OSZE, zu ergänzen und eine politische Integration Europas über die Grenzen der EU hinaus zu erreichen. Derartige Vorschläge haben besondere Bedeutung für Kyjiw. Sie diskutieren neue Strukturen, welche für die Ukraine Gremien bieten können, die Verfolgung ihrer Sicherheits- und anderen Interessen noch vor einem EU- und/oder NATO-Beitritt mit wichtigen westlichen Partnerstaaten zu verzahnen.

Über den Autor:

Dr. *Andreas Umland* ist Analyst am Stockholmer Zentrum für Osteuropastudien (SCEEUS) des Schwedischen Instituts für Internationale Angelegenheiten (UI) und Dozent am Fachbereich Politikwissenschaft der Kyjiwer Mohyla-Akademie (NaUKMA).

Literatur:

- Pavlo Klimkin and Andreas Umland: How to Progress Ukraine's Western Integration as a Prelude to Accession to the EU and NATO, *UI Paper*, Nr. 4, 2020. <https://www.ui.se/butiken/uis-publikationer/ui-paper/2020/how-to-progress-ukraines-western-integration-as-a-pledge-to-accession-to-the-eu-and-nato/>.
- Ulrich Schneckener und Sebastian Schäffer: The Day After – Towards a Greater European Council? *IDM Policy Paper Series*, Nr. 2, 2022. www.idm.at/idm-news/item/idm-pps-2-2022-the-day-after-towards-a-greater-european-council.
- Iryna Vereshchuk und Andreas Umland: How to Make Eastern Europe's Gray Zone Less Gray, *Harvard International Review*, 23. August 2019. hir.harvard.edu/how-to-make-eastern-europes-gray-zone-less-gray/.

Der ehemalige italienische Premierminister Enrico Letta machte am 25. April 2022 einen ersten Aufschlag mit einem Entwurf für eine Europäischen Konföderation (ECF) der 36, d. h. der EU-, Westbalkan- & Assoziierungstrio-Staaten. Es folgte der französische Präsident Emmanuel Macron mit einem Plan für eine Europäische Politische Gemeinschaft (EPC) der Unionsstaaten mit etlichen Nicht-EU-Ländern am 9. Mai 2022. Eine gute Woche später stellte der Präsident des Europäischen Rates Charles Michel seine Idee für eine Europäische Geopolitische Gemeinschaft (EGC) von »Reykjavik bis Baku oder Jerewan, von Oslo bis Ankara« vor.

Den womöglich praktikabelsten Vorschlag machten im Juni 2022 die Politikwissenschaftler Ulrich Schneckener und Sebastian Schäffer in einem Papier des Wiener Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa. Darin empfahlen sie die Schaffung eines Vergrößerten Europäischen Rates bzw. Greater European Council (GEC). In diesem multilateralen Gremium könnte der Europäische Rat mit seinen 27 Mitgliedern sowie die sechs Westbalkanstaaten und das Assoziierungstrio, aber womöglich auch die Türkei, Norwegen, Großbritannien, Island und/oder die Schweiz vertreten sein. Es könnte vor oder nach den Sitzungen des Europäischen Rates tagen und den Ratspräsidenten sowie einen rotierenden Vertreter der Nicht-EU-Staaten als Vorsitzende haben.

Die Ukraine wäre das Land, welches am meisten von solch einer Struktur profitieren würde. Ob nun ECF, EPC, EGC oder GEC – ein Einschluss Kyjiws in eine neue gesamteuropäische Institution würde die derzeitige geopolitische Grauzone, in welcher sich das Land bis zum Beitritt in die EU oder/und NATO befinden wird, weniger grau machen. Ähnliches gilt für die Geopolitik der Republik Moldau und Georgiens sowie teils auch für die Westbalkanstaaten. Gleichzeitig findet derzeit die Stimme der Ukraine und insbesondere ihres Präsidenten Wolodymyr Selenskyj weit über die Grenzen Europas Gehör. Kyjiw sollte dieses Potenzial nutzen, die Schaffung einer neuen gesamteuropäischen Struktur im Interesse des eigenen Landes und gesamten Westens zu fördern.

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zur Ukraine und zu den Beitrittsgesuchen der Ukraine, der Republik Moldau und Georgiens, 23. Juni 2022

II. Ukraine

4. Der Europäische Rat hat sich mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine in seinen verschiedenen Dimensionen befasst. Der Europäische Rat bekräftigt, dass er fest an der Seite der Ukraine steht und dass die Europäische Union weiterhin entschiedene Unterstützung für die allgemeine wirtschaftliche, militärische, soziale und finanzielle Widerstandsfähigkeit der Ukraine, einschließlich humanitärer Hilfe, leisten wird.
5. Der Europäische Rat verurteilt nachdrücklich Russlands willkürliche Angriffe auf die Zivilbevölkerung und die zivile Infrastruktur und fordert Russland auf, alle seine Streitkräfte sowie seine gesamte Militärausrüstung aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen unverzüglich und bedingungslos abzuziehen. Das humanitäre Völkerrecht muss geachtet werden – auch in Bezug auf die Behandlung von Kriegsgefangenen. Ukrainerinnen und Ukrainern, vor allem Kindern, die zwangsweise nach Russland verbracht wurden, muss unverzüglich die sichere Rückkehr ermöglicht werden. Russland, Belarus und alle Verantwortlichen für Kriegsverbrechen und andere schwerste Verbrechen werden nach dem Völkerrecht für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen werden.

Mit der Annahme des sechsten Sanktionspakets der EU wird der Druck auf Russland, seinen Krieg gegen die Ukraine zu beenden, weiter verstärkt. Die Arbeit zu den Sanktionen wird fortgeführt, unter anderem um die Durchführung der Sanktionen zu stärken und deren Umgehung zu verhindern. Der Europäische Rat ruft alle Länder, insbesondere die Bewerberländer, auf, sich den Sanktionen der EU anzuschließen. Die Arbeit an dem Beschluss des Rates über die Aufnahme des Verstoßes gegen restriktive Maßnahmen der Union in die Liste der EU-Kriminalitätsbereiche sollte rasch abgeschlossen werden.

6. Die Europäische Union ist nach wie vor fest entschlossen, weitere militärische Unterstützung zu leisten, um der Ukraine zu helfen, ihr naturgegebenes Recht auf Selbstverteidigung gegen den Angriff Russlands auszuüben und ihre territoriale Unversehrtheit und Souveränität zu verteidigen. Zu diesem Zweck fordert der Europäische Rat den Rat auf, zügig an einer weiteren Aufstockung der militärischen Unterstützung zu arbeiten.
7. Der Europäische Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission in Kürze einen Vorschlag vorlegen wird, mit dem der Ukraine 2022 eine neue außerordentliche Makrofinanzhilfe von bis zu 9 Milliarden Euro gewährt werden soll. Er ruft die Kommission auf, zügig ihre Vorschläge für die Unterstützung der EU für den Wiederaufbau in der Ukraine vorzulegen; dies sollte in Abstimmung mit internationalen Partnern, Organisationen und Experten geschehen.
8. Indem Russland in seinem Krieg gegen die Ukraine Nahrungsmittel zur Waffe macht, ist es für die dadurch ausgelöste weltweite Krise der Ernährungssicherheit allein verantwortlich. Der Europäische Rat fordert Russland nachdrücklich auf, unverzüglich damit aufzuhören, landwirtschaftliche Einrichtungen zum Ziel zu nehmen und Getreide abzutransportieren, und die Blockade des Schwarzen Meeres und insbesondere des Hafens von Odessa zu beenden, um Getreideausfuhren und gewerbliche Schifffahrtsdienste zu ermöglichen. Der Europäische Rat unterstützt die diesbezüglichen Bemühungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen. Der Europäische Rat betont, dass die Sanktionen der EU gegen Russland den freien Verkehr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Nahrungsmitteln und die Bereitstellung von humanitärer Hilfe zulassen.
9. Der Europäische Rat unterstützt entschieden die Arbeit an den Solidaritätskorridoren, mit denen die Nahrungsmittelausfuhren aus der Ukraine über verschiedene Landrouten und Häfen der EU erleichtert werden sollen. Er ruft die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, ausgehend insbesondere von der FARM-Initiative sowie den Initiativen der VN und der G7 ihre Anstrengungen zu intensivieren, um
 - (1) die Entwicklungsländer dabei zu unterstützen, nötigenfalls ihre Lieferketten neu auszurichten,
 - (2) beschleunigt Ergebnisse bei den einschlägigen »Team Europa«-Leitinitiativen zu erzielen, die auf dem jüngsten Gipfeltreffen zwischen der Europäischen Union und der Afrikanischen Union vereinbart worden waren und die darauf abstellen, eine nachhaltige Nahrungsmittelproduktion zu entwickeln, die landwirtschaftliche Produktivität, einschließlich bei Eiweißpflanzen, sowie die Kapazitäten der Agrarindustrie auf dem afrikanischen Kontinent zu erhöhen, und
 - (3) zusammen mit internationalen Partnern an Initiativen zur Unterstützung der Entwicklung der Herstellungskapazitäten für Betriebsmittel – insbesondere nachhaltige Düngemittel – in den Entwicklungsländern zu arbeiten.

III. Beitrittsgesuche der Ukraine, der Republik Moldau und Georgiens

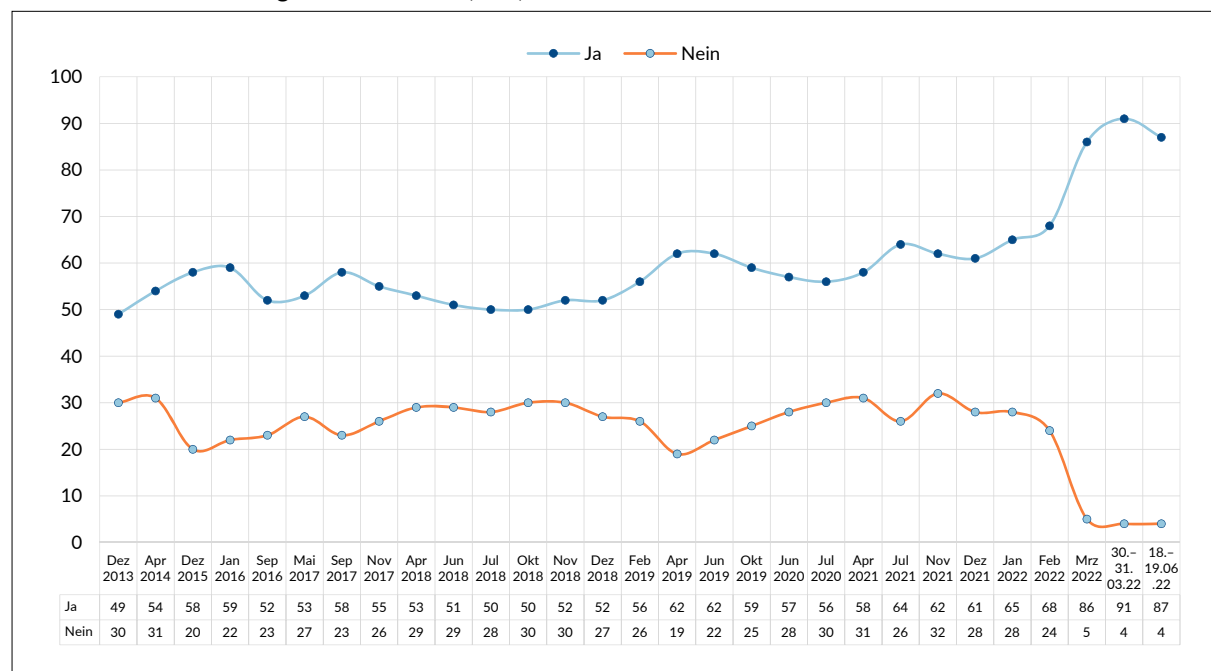
10. Der Europäische Rat erkennt die europäische Perspektive der Ukraine, der Republik Moldau und Georgiens an. Die Zukunft dieser Länder und ihrer Bürgerinnen und Bürger liegt in der Europäischen Union.
11. Der Europäische Rat hat beschlossen, der Ukraine und der Republik Moldau den Status eines Bewerberlands zuzuerkennen.
12. Die Kommission wird ersucht, dem Rat im Rahmen ihres regelmäßigen Erweiterungspakets über die Erfüllung der in ihren Stellungnahmen zu den jeweiligen Beitrittsgesuchen festgelegten Bedingungen Bericht zu erstatten. Der Rat wird über weitere Schritte entscheiden, sobald alle diese Bedingungen vollständig erfüllt sind.
13. Der Europäische Rat ist bereit, Georgien den Status eines Bewerberlands zuzuerkennen, sobald die in der Stellungnahme der Kommission zum Beitrittsgesuch Georgiens genannten Prioritäten angegangen wurden.
14. Die Fortschritte der einzelnen Länder auf dem Weg in die Europäische Union werden davon abhängen, inwieweit sie die Kopenhagener Kriterien erfüllen, wobei die Fähigkeit der EU, neue Mitglieder aufzunehmen, berücksichtigt wird.

Quelle: Rat der Europäischen Union, 23.06.2022, <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/06/23/european-council-conclusions-on-ukraine-the-membership-applications-of-ukraine-the-republic-of-moldova-and-georgia-western-balkans-and-external-relations-23-june-2022/>.

UMFRAGEN

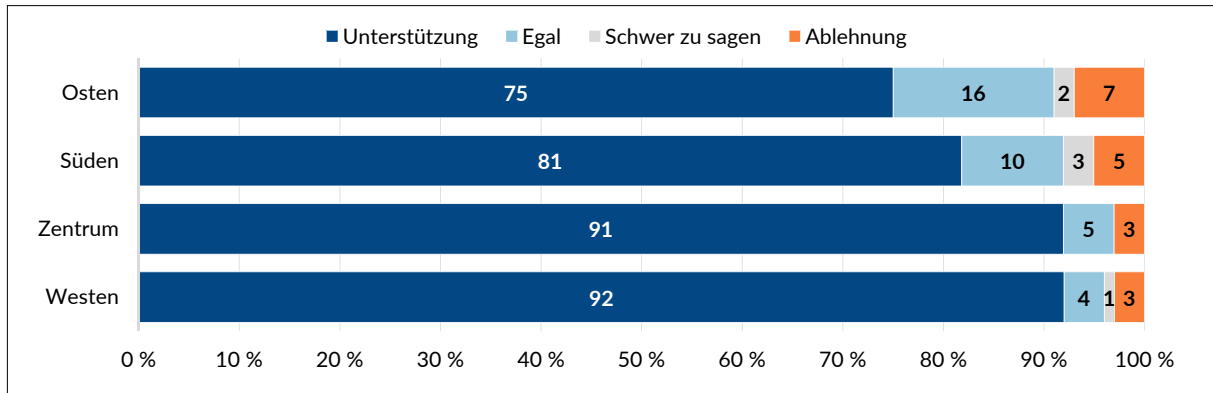
Zustimmung zur EU

Grafik 1: Zustimmung zum EU-Beitritt (in %)

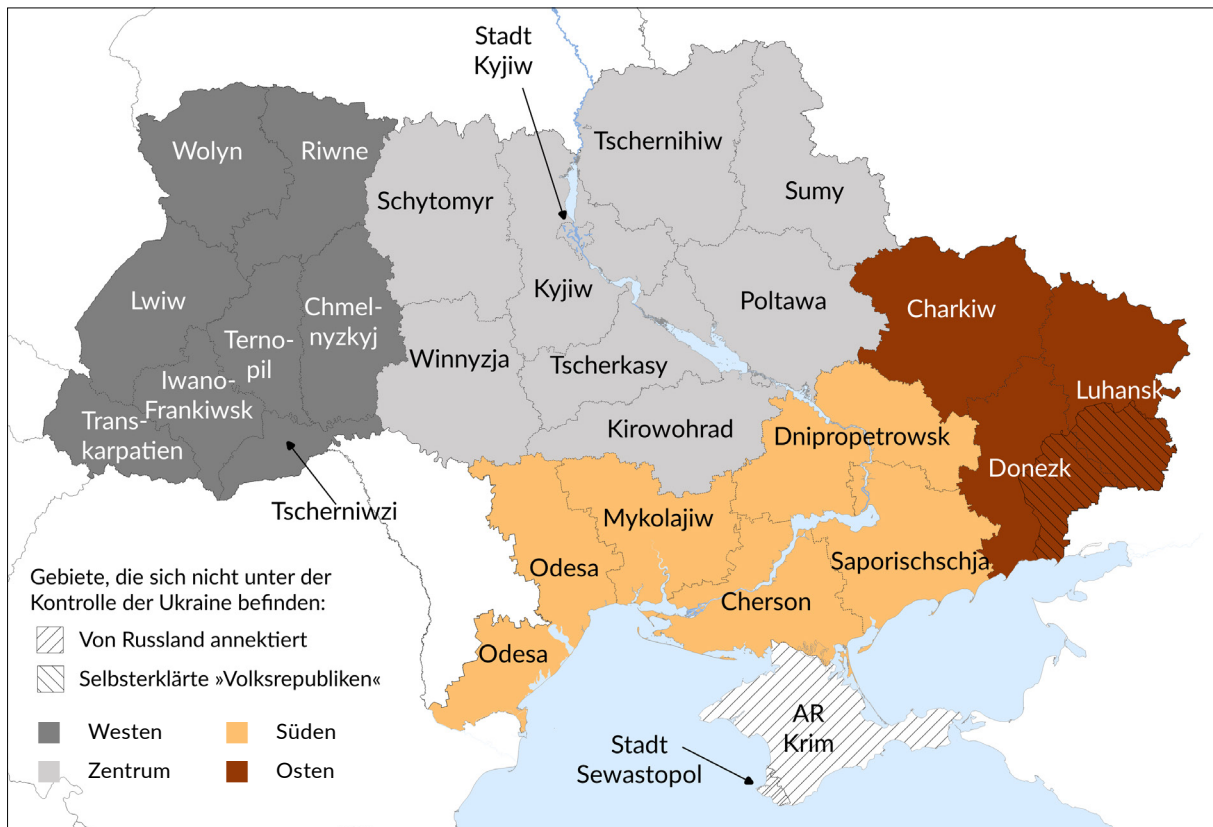


Anmerkung: Für die repräsentative Telefon-Umfrage wurden volljährige Ukrainer:innen in allen Regionen des Landes befragt, mit Ausnahme der vorübergehend besetzten Gebiete auf der Krim und im Donbas (siehe Karte in Grafik 2) sowie solchen Gebieten, in denen es zum Zeitpunkt der Erhebung keine ukrainische Mobilfunkverbindung gab.

Quelle: Soziologische Rating-Gruppe, 13. nationale Umfrage zum Thema »Außenpolitische Orientierung«, 18.-19.06.2022, https://ratinggroup.ua/ru/research/ukraine/trinadcatyy_obschenacionalnyy_opros_vneshnepoliticheskie_orientacii_18-19_iyunya_2022.html.

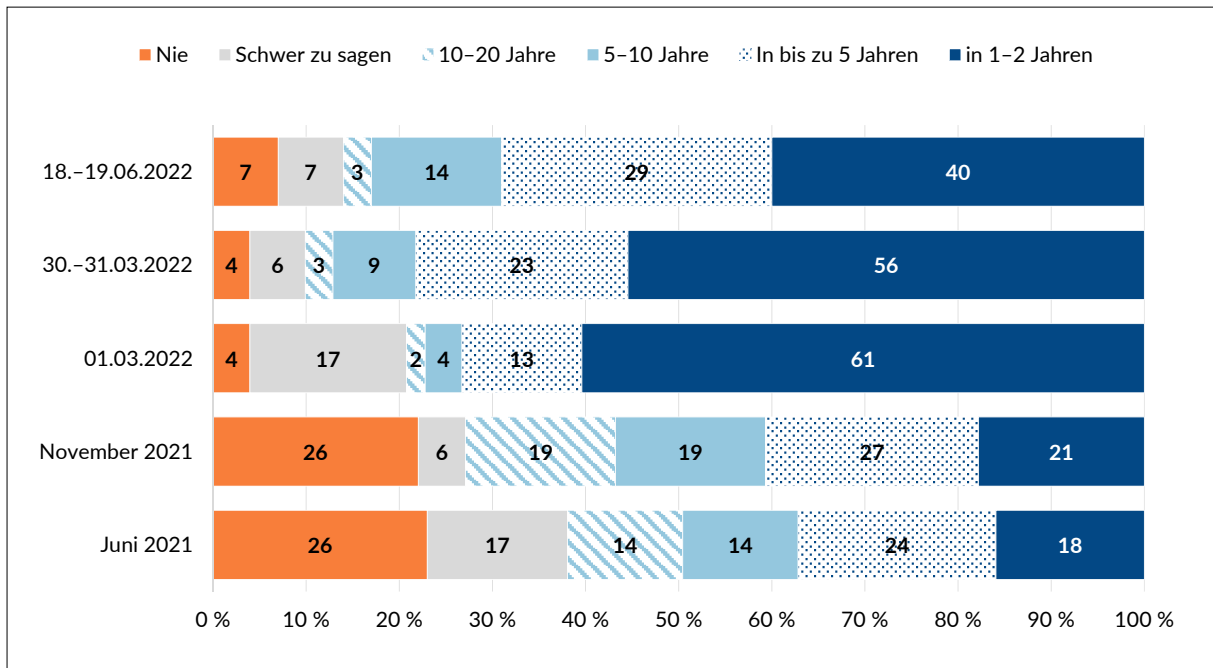
Grafik 2: Zustimmung zum EU-Beitritt (nach Regionen*, 18.–19. Juni 2022, %)

* Makroregionen der Ukraine, wie sie für diese Umfrage definiert wurden



Anmerkung: Für die repräsentative Telefon-Umfrage wurden volljährige Ukrainer:innen in allen Regionen des Landes befragt, mit Ausnahme der vorübergehend besetzten Gebiete auf der Krim und im Donbas sowie solchen Gebieten, in denen es zum Zeitpunkt der Erhebung keine ukrainische Mobilfunkverbindung gab.

Quelle: Soziologische Rating-Gruppe, 13. nationale Umfrage zum Thema »Außenpolitische Orientierung«, 18.–19.06.2022, https://ratinggroup.ua/ru/research/ukraine/trinadcatyy_obschenacionalnyy_opros_vneshnepoliticheskie_orientacii_18-19_iyunya_2022.html. Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org>.

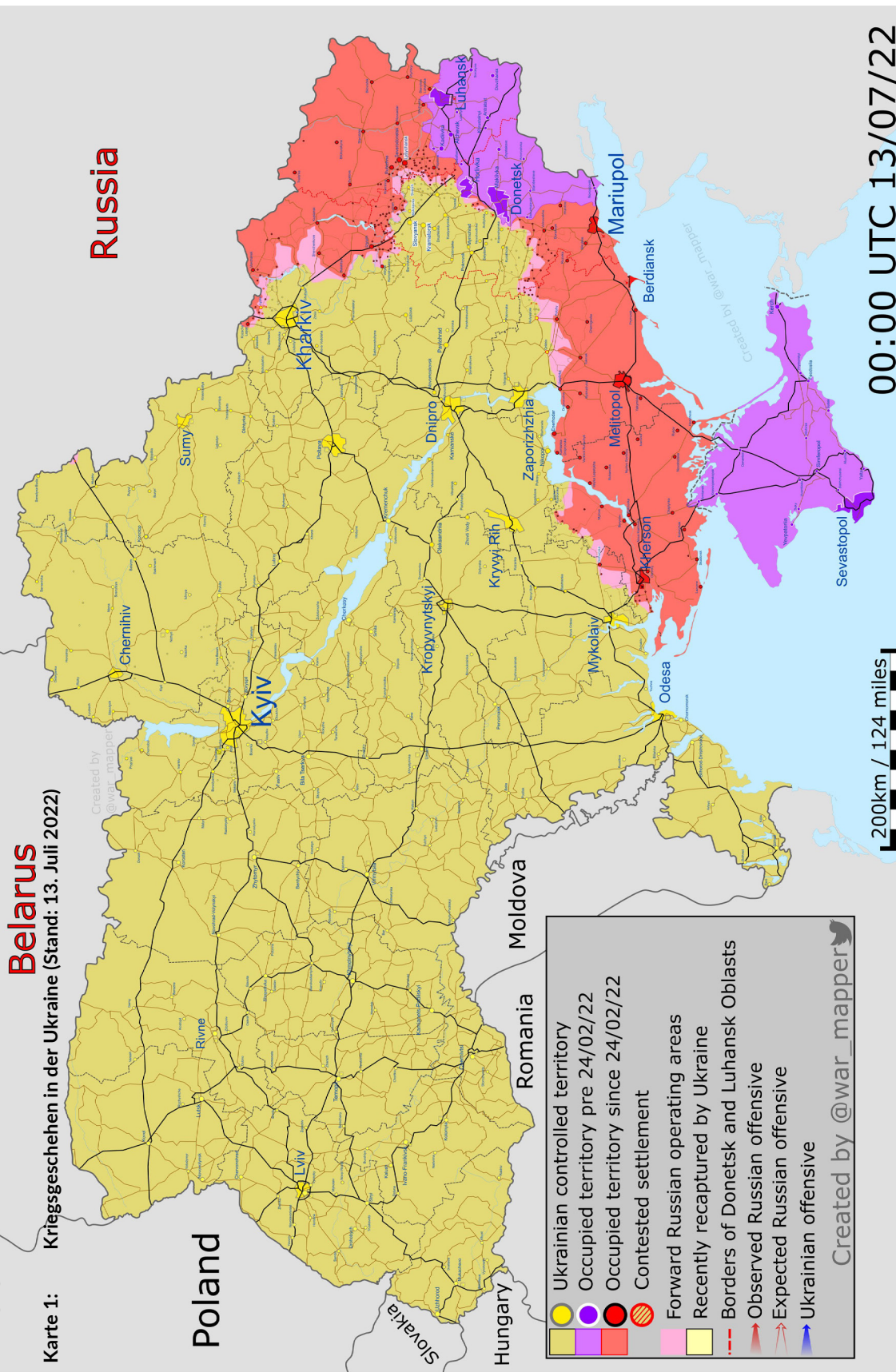
Grafik 3: Was denken Sie, wann wird die Ukraine Teil der EU werden? (in %)

Anmerkung: Für die repräsentative Telefon-Umfrage wurden volljährige Ukrainer:innen in allen Regionen des Landes befragt, mit Ausnahme der vorübergehend besetzten Gebiete auf der Krim und im Donbas (siehe Karte in Grafik 2) sowie solchen Gebieten, in denen es zum Zeitpunkt der Erhebung keine ukrainische Mobilfunkverbindung gab.

Quelle: Soziologische Rating-Gruppe, 13. nationale Umfrage zum Thema »Außenpolitische Orientierung«, 18.-19.06.2022, https://ratinggroup.ua/ru/research/ukraine/trinadcatyy_obschenacionalnyy_opros_vneshnepoliticheskie_orientacii_18-19_iyunya_2022.html.

KARTE

Kriegsgeschehen in der Ukraine (Stand: 13. Juli 2022)



Karte 1: Kriegsgeschehen in der Ukraine (Stand: 13. Juli 2022)

- Ukrainian controlled territory
 - Occupied territory pre 24/02/22
 - Occupied territory since 24/02/22
 - Contested settlement
 - Forward Russian operating areas
 - Recently recaptured by Ukraine
 - Borders of Donetsk and Luhansk Oblasts
 - Observed Russian offensive
 - Expected Russian offensive
 - Ukrainian offensive
- Created by @war_mapper

Quelle: @war_mapper, https://twitter.com/War_Mapper/status/1546283265258029057/photo/1

01. – 15. Juni 2022

01.06.2022	Die ukrainische Gesellschaft ist in den letzten sechs Jahren toleranter gegenüber der LGBT-Gemeinschaft geworden, zeigt eine Umfrage des Internationalen Instituts für Soziologie in Kyjiw. Mehr als die Hälfte der Befragten hat eine positive oder gleichgültige Einstellung zu LGBT-Personen.
01.06.2022	Die USA stellen ein neues 700-Millionen-US-Dollar-Verteidigungshilfspaket für die Ukraine bereit, das auch die von Kyjiw geforderten Mehrfachraketenwerfer, darunter HIMARS-Raketenartilleriesysteme, umfasst. Diese Waffen sollen laut der amerikanischen Regierung nicht nur zum Schutz dienen, sondern auch zur Verstärkung der Position während der Verhandlungen mit Russland.
01.06.2022	Eine von Innenminister Denys Monastyrskij initiierte Abstimmung über die Einstellung der Ukrainer:innen zum Waffenbesitz wurde auf dem Onlineportal »Diya« abgeschlossen. Fast 59 Prozent der Befragten stimmten für die Zulassung von Waffen zum persönlichen Schutz.
01.06.2022	Der Leiter der regionalen Staatsverwaltung von Luhansk, Serhij Hajdaj, gibt an, dass die russischen Truppen jetzt 70 Prozent von Sjewjerodonezk kontrollieren. Ein Teil der ukrainischen Truppen habe sich auf vorher vereinbarte Positionen zurückgezogen. In einem anderen Teil der Stadt gingen die Kämpfe weiter.
01.06.2022	Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz verspricht in einer Rede im Bundestag der Ukraine das hochmoderne Luftabwehrsystem IRIS-T zu liefern. Gleichzeitig erklärt die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock, dass es »Monate« dauern würde, bis das versprochene Luftabwehrsystem IRIS-T an die Ukraine geliefert würde.
01.06.2022	Der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki sagt bei einem Besuch in der Region Kyjiw, dass Polen ein wirtschaftlicher Knotenpunkt für die Ukraine werden soll, der es ermöglicht, Getreide und Waren in den Nahen Osten und andere Länder zu exportieren.
01.06.2022	Der Staatliche Migrationsdienst hat das Verfahren für die Ausstellung, Erneuerung und den Ersatz von Kinderreisepässen vereinfacht, wodurch der Grenzübergang erleichtert wird. Eltern kann jetzt ein elektronischer Reisepass für Kinder unter 14 Jahren ausgestellt werden, um ins Ausland zu reisen.
02.06.2022	Nach den USA will auch das Vereinigte Königreich US-Mehrfachraketenwerfer, die Ziele in bis zu 80 Kilometer Entfernung treffen können, an die Ukraine übergeben.
02.06.2022	Die neue US-Botschafterin in der Ukraine, Bridget Ann Brink, erklärt, dass die USA die Arbeit ihrer Botschaft in Kyjiw in vollem Umfang wieder aufnehmen werden.
02.06.2022	In Kyjiw ist von nun an der Verkauf von Alkohol in Geschäften von 11 bis 19 Uhr erlaubt, drei Stunden länger als bisher. Vom 01.03.–01.04.2022 war der Verkauf von Alkohol in Kyjiw ganz untersagt worden.
02.06.2022	Die Behörden der Hauptstadt beschließen, die Einhaltung der Ausgangssperre strenger zu kontrollieren. Besonderes Augenmerk soll auf Gaststätten und Nachtclubs gerichtet werden, die nach 23 Uhr nicht mehr geöffnet sein dürfen.
02.06.2022	Die Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine hat die Voruntersuchung im Strafverfahren wegen des Verdachts auf Hochverrat gegen den pro-russischen Politiker Wiktor Medwedtschuk abgeschlossen und eine Anklageschrift an das zuständige Gericht geschickt.
02.06.2022	Die schwedische Außenministerin Ann Linde kündigt ein neues Hilfspaket ihres Landes für die Ukraine an, das auch Anti-Schiffs-Raketen enthalten wird.
03.06.2022	Die Türkei kündigt an, in den kommenden Tagen einen Plan zur Lösung der weltweiten Nahrungsmittelkrise, die durch den russischen Einmarsch in der Ukraine verursacht wurde, bei einem Treffen mit Vertreter:innen der Ukraine, Russlands, der Türkei und der UNO zu erörtern.
03.06.2022	Die US-Botschafterin in der Ukraine, Bridget Ann Brink, erklärt, dass die ukrainischen Streitkräfte in der Lage sein werden, den Einsatzbereich der US-amerikanischen HIMARS-Raketenartilleriesysteme zu regulieren, die die USA der Ukraine im Rahmen eines neuen Hilfspakets zur Verfügung stellen. Die Ukraine habe zugesichert, dass die neuen Systeme nicht für Ziele auf russischem Territorium eingesetzt würden.
03.06.2022	Etwa 3,5 Millionen Menschen haben die Ukraine während des Krieges verlassen. Wolodymyr Paniotto, Generaldirektor des Internationalen Instituts für Soziologie in Kyjiw, prognostiziert eine weitere Migrationswelle von Ukrainer:innen nach dem Ende der Kampfhandlungen und des Kriegsrechts.
03.06.2022	Die Europäische Union beschließt, die Zölle auf Waren aus der Ukraine für ein Jahr aufzuheben. Die Entscheidung wird am 4. Juni wirksam. Insbesondere werden die Antidumpingzölle auf Waren ukrainischen Ursprungs und die Anwendung der allgemeinen Einfuhrregelung für ukrainische Waren aufgehoben.

03.06.2022	Die Ukraine und Polen werden eine Arbeitsgruppe zur Wiederherstellung des beschädigten Kulturerbes gründen. Dies gibt der ukrainische Minister für Kultur und Informationspolitik Oleksandr Tkatschenko auf einer Pressekonferenz bekannt.
03.06.2022	Das Oberhaupt der orthodoxen Kirche der Ukraine, Metropolit Epiphanius, sagt im Fernsehen, dass in den 100 Tagen des russischen Einmarsches bereits mehr als 600 Gemeinden von der Ukrainischen Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats zur Orthodoxen Kirche der Ukraine übergetreten seien.
04.06.2022	Die Kämpfe um die vollständige Kontrolle über die Stadt Sjewjerodonezk gehen in Richtung Donezk weiter.
04.06.2022	Die Internationale Legion der Territorialen Verteidigung der Ukraine meldet den Tod von vier Ausländern, die für die Ukraine gegen russische Truppen kämpften. Es fielen Mitglieder der Internationalen Legion aus den Niederlanden, Australien, Deutschland und Frankreich.
04.06.2022	Der Berater des Bürgermeisters von Mariupol, Petro Andruschtschenko, berichtet, die russischen Truppen hätten beschlossen, die Häuser in der Stadt abzureißen, ohne vorher die Trümmer zu beseitigen, unter denen sich noch Tote befinden könnten. Dass mache es unmöglich, Informationen über neue Tote zu erhalten, da der gesamte Schutt auf die Mülldeponie des Bezirks gebracht würde.
04.06.2022	Papst Franziskus erklärt, er wolle in die Ukraine reisen, werde dies aber zu einem »geeigneten Zeitpunkt« tun. Vorher hat er mehrere Kardinäle zur Unterstützung in das Land geschickt.
04.06.2022	Die Allerheiligenkirche des Klosters von Swjatohirsk in der Region Donezk brennt. Das Kloster gehört zur Ukrainischen Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats. Die ukrainische Seite berichtet von einem russischen Beschuss, was die russische Seite bestreitet. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj erwartet den Bericht einer internationalen Untersuchungskommission.
05.06.2022	Der ukrainische Verteidigungsminister Oleksij Resnikow hält es für unmöglich, das Ende des Krieges in der Ukraine vorherzusagen, rechnet aber damit, dass es noch vor Ende des Jahres eintreten könnte.
05.06.2022	Die ukrainische Fußballnationalmannschaft verliert das WM-Qualifikationsspiel gegen Wales mit 0:1. Damit nimmt die Ukraine in diesem Jahr nicht an der Fußball-Weltmeisterschaft in Katar teil.
05.06.2022	Russische Truppen greifen am Morgen das Eisenbahnausbesserungswerk Darnyza in Kyjiw an. Laut ukrainischen Angaben werden in diesem Werk Gondelwagen und Getreidetransporter für den Export von Produkten repariert.
05.06.2022	Nach dem Brand der Allerheiligenkirche in Swjatohirsk erklärt das russische Verteidigungsministerium, das Kloster sei von »ukrainischen Kämpfern« in Brand gesetzt worden. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj bestreitet dies und fordert die Ukrainische Orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats auf, aus dieser »Propagandalüge« Konsequenzen zu ziehen.
05.06.2022	Nach Angaben der Generalstaatsanwaltschaft sind bei der bewaffneten Invasion Russlands in der Ukraine mindestens 262 Kinder getötet und 467 weitere verletzt worden.
06.06.2022	Vor allem aus der Donbasregion werden verstärkt Kämpfe gemeldet. Die Berichte aus den Stadtverwaltungen der umkämpften aber von der Ukraine kontrollierten Städte besagen, dass sich die Lage stündlich ändere.
06.06.2022	Aus Anlass des Journalistentages spricht der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj mit Medienvertreter:innen und beantwortet Fragen. Er weist insbesondere auf das Schicksal der mehr als 2.500 Aowstal-Verteidiger:innen hin, die in Russland gefangen gehalten werden, und dass er keine Alternative zur EU-Mitgliedschaft der Ukraine sehe.
06.06.2022	Das Medienunternehmen Bloomberg berichtet, dass die Türkei und Russland sich vorläufig darauf geeinigt hätten, wie ukrainisches Getreide aus einem Hafen in Odesa gebracht werden könnte. Die türkische Regierung hat demnach ihre militärische Unterstützung angeboten, um die Küste zu entminen und Schiffe mit Getreide bis zu einem bestimmten Punkt im Schwarzen Meer zu eskortieren. Eine Zustimmung der ukrainischen Seite steht aus.
06.06.2022	Die Seestreitkräfte des Sicherheitsdienstes der Ukraine melden, dass das ukrainische Militär russische Schiffe mehr als 100 Kilometer von der Küste zurückgedrängt und ihnen die Kontrolle über den nordwestlichen Teil des Schwarzen Meeres entzogen habe. Die Bedrohung durch Raketenangriffe oder eine amphibische Landung bleibe jedoch bestehen.
06.06.2022	Die ukrainische Nationalbank meldet, dass das staatliche Haushaltsdefizit von Januar bis Mai 2022 die jährlichen Defizite der beiden Vorjahre überstieg.
06.06.2022	Das ukrainische Parlament befasst sich mit einem Gesetzesentwurf zum Austausch von Kriegsgefangenen (Nr. 7436). In dem Entwurf wird vorgeschlagen, Strafverfahren einzustellen und Militärangehörige von der Strafe zu befreien, wenn ein Austausch angeordnet worden ist. Gleichzeitig müssen Verurteilte ihre Strafe antreten, wenn der Austausch nicht zustande kommt.

06.06.2022	In der Ukraine wurden in der vergangenen Woche 34 Todesfälle durch das Coronavirus registriert.
06.06.2022	Die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) erhält wieder Daten von Strahlungsdetektoren aus der Umgebung des Kernkraftwerks Tschernobyl. Die Strahlungsdetektoren hatten seit dem Ausbruch des Krieges nicht mehr funktioniert.
07.06.2022	Mitglieder der unabhängigen internationalen Untersuchungskommission der Vereinten Nationen zu den Kriegsverbrechen Russlands in der Ukraine werden vom 7. bis 16. Juni die Ukraine besuchen. Dies wird ihre erste Mission sein.
07.06.2022	Die Synode der Russisch-Orthodoxen Kirche in Moskau verurteilt ein Konzil der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats, das am 28.05.2022 eine Erklärung über seine Unabhängigkeit von der Russisch-Orthodoxen Kirche abgab. Zudem entzieht sie der ukrainischen Kirche ihre Diözesen auf der Krim.
07.06.2022	Das Stadtgericht von Iwano-Frankiwsk hat vier inhaftierte Ukrainer des Hochverrats für schuldig befunden. Die Kämpfer aus der nicht anerkannten »Volksrepublik Donezk« wurden zu 15 Jahren Haft verurteilt. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft kamen die Verurteilten im März 2022 in die Region Charkiw und planten, sich an der Besetzung der Region zu beteiligen. Dort wurden sie von ukrainischen Verteidigern festgehalten.
07.06.2022	Polen unterzeichnet einen der größten Rüstungsverträge mit der Ukraine seit 30 Jahren. Es handelt sich um ein Abkommen im Wert von umgerechnet etwa 630 Millionen US-Dollar.
07.06.2022	Das ukrainische Bildungsministerium teilt mit, dass der Bildungsprozess in der Ukraine ab dem 1. September wieder in Vollzeitform aufgenommen wird. Dies gilt für alle Arten von Bildungseinrichtungen. Gleichzeitig hängt die Wiederaufnahme des Offline-Unterrichts in Schulen im Kriegsgebiet und an der Frontlinie von der Sicherheitslage ab.
07.06.2022	Die Weltbank hat der Ukraine weitere 1,49 Milliarden US-Dollar an Hilfe zugewiesen. Die Gelder werden für die Gehälter von Staatsbediensteten und Sozialarbeiter:innen verwendet.
08.06.2022	Das Europäische Parlament hat eine Entschließung verabschiedet, in der es der EU empfiehlt, der Ukraine den Status eines Beitrittskandidaten zu verleihen.
08.06.2022	Der polnische Präsident Andrzej Duda besucht mehrere südeuropäische Länder, um die dortigen Regierungen davon zu überzeugen, die Aufnahme der Ukraine in die Europäische Union zu unterstützen.
08.06.2022	Ein Gericht in Lwiw verbietet die prorussische politische Partei »Oppositionsblock«. Das gesamte Eigentum wird auf den Staat übertragen.
08.06.2022	Geheimdienstinformationen zufolge versucht Russland, die Region um Sjewjerodonezk von drei Seiten anzugreifen. In der Region rechnet man bereits mit verstärktem Beschuss. Gleichzeitig beschreibt der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj den Kampf um Sjewjerodonezk als einen der schwierigsten während des gesamten Krieges.
09.06.2022	Die USA haben der Ukraine bereits die erste Milliarde US-Dollar an wirtschaftlicher Unterstützung aus einem 40-Milliarden-US-Dollar-Hilfspaket zur Verfügung gestellt. Anschließend wird Kyjiw weitere 7,5 Mrd. US-Dollar erhalten. Dies berichtet die US-Botschafterin in der Ukraine, Bridget Ann Brink.
09.06.2022	Der Staatliche Dienst für Statistik in der Ukraine gibt an, dass sich die Verbraucherpreise in der Ukraine im Mai 2022 um 2,7 Prozent und im April um 4,5 Prozent im März gegenüber den Vormonaten gestiegen sind. Im laufenden Jahr liegt die Inflationsrate damit bei 18 Prozent. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Ukraine ist im ersten Quartal 2022 aufgrund des Krieges um 15,1 Prozent gegenüber dem ersten Quartal 2021 gesunken.
09.06.2022	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj stellt einen Beschluss des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates vor, mit dem persönliche Sanktionen gegen russische Politiker:innen verhängt werden. Auf der Liste stehen u. a. der russische Präsident Wladimir Putin, sein Pressesprecher Dmitrij Peskow und der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu.
09.06.2022	In der selbsternannten »Volksrepublik Donezk« werden drei Ausländer, die für die Ukraine gekämpft haben und gefangen genommen wurden, zum Tode verurteilt.
09.06.2022	Die EU stellt weitere 205 Mio. Euro an humanitärer Hilfe für die Ukraine bereit.
09.06.2022	Laut einer Umfrage des Internationalen Instituts für Soziologie in Kyjiw sieht weniger als die Hälfte der Ukrainer:innen die Zukunft ihrer Kinder und Enkelkinder in der Ukraine, sollte der Krieg auf unbestimmte Zeit andauern.
10.06.2022	Russische Seestreitkräfte blockieren weiterhin den nordwestlichen Teil des Schwarzen Meeres. Die russischen Streitkräfte sind zuvor noch verstärkt worden.

10.06.2022	Das Präsidentsamt der Ukraine berichtet, dass die Gesundheitsversorgung in 445 befreiten Orten, die Bildungseinrichtungen in mehr als 450 Orten und die Mobiltelefon- und Internetdienste in mehr als 760 Orten bereits wieder aufgenommen wurden. Die Polizei hat ihre Arbeit in 64 Prozent des befreiten Gebiets wieder aufgenommen, 70 Prozent des Straßen- und 45 Prozent des Schienenverkehrs sind wieder in Betrieb. In mehr als 600 Siedlungen wurden Geschäfte wieder eröffnet. Mehr als 370 Siedlungen sind bereits entminnt worden.
10.06.2022	Der ukrainische Ministerpräsident Denys Schmyhal stellt ein Förderprogramm für IT-Ausbildungen vor. Die ukrainische Regierung will Zuschüsse für IT-Kurse gewähren. Die Regierung plant, Mittel für die Ausbildung von 60.000 Ukrainer:innen bereitzustellen, die dann in diesem Bereich Arbeit finden können.
11.06.2022	Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, trifft sich zu Gesprächen mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj. Ihr zufolge bereitet die Europäische Kommission derzeit eine Stellungnahme für die EU-Mitgliedstaaten vor, um der Ukraine den EU-Kandidatenstatus zu gewähren. Diese Arbeiten werden bis Ende nächster Woche abgeschlossen sein. Gleichzeitig werde von der Ukraine erwartet, dass sie die Rechtsstaatlichkeit stärke und die Korruption bekämpfe.
11.06.2022	Internationale Medien zitieren US-Präsident Joe Biden mit den Worten, der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj habe angeblich Warnungen der Vereinigten Staaten vor einer umfassenden Invasion Russlands zurückgewiesen. Das Büro des Präsidenten dementiert diese Meldungen.
11.06.2022	Die Ukraine verzeichnet seit einem Monat, dass mehr Menschen in das Land strömen als es verlassen. Am 11. Juni kamen rund 41.000 Menschen aus dem Ausland in die Ukraine, davon mehr als 36.000 Ukrainer:innen.
11.06.2022	Laut der russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti werden im vorübergehend besetzten Cherson russische Pässe verteilt. Es seien 23 Personen gekommen, um russische Pässe zu erhalten, darunter das selbsternannte Stadtoberhaupt Wolodymyr Saldo.
11.06.2022	Alle größeren Städte in den von der Ukraine kontrollierten Gebieten der Region Donezk sind infolge der Kampfhandlungen ohne Strom.
12.06.2022	Das ukrainische Verteidigungsministerium meldet einen verstärkten Beschuss durch russische Truppen in der Donbasregion.
12.06.2022	Das britische Unternehmen QinetiQ will der Ukraine 10 TALON-Minenroboter zur Verfügung stellen, die nicht nur nach Minen suchen, sondern sie auch entschärfen können.
12.06.2022	Eine unabhängige internationale Kommission der Vereinten Nationen zur Untersuchung von Kriegsverbrechen hat die Region Kyjiw besucht. Ihre Vertreter diskutierten mit Ukrainer:innen über Mechanismen zur Dokumentation russischer Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen durch russische Truppen.
12.06.2022	Die Ukraine hat zwei Routen für Getreideexporte über Polen und Rumänien eingerichtet. Die ukrainische Seite verhandelt derzeit mit den baltischen Staaten über die Eröffnung eines dritten Korridors.
13.06.2022	Ein Gericht in Lwiw verbietet die Tätigkeit der politischen Partei »Sozialisten«. Das gesamte Eigentum wird auf den Staat übertragen.
13.06.2022	Der französische Präsident Emmanuel Macron, der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz und der italienische Ministerpräsident Mario Draghi geben bekannt, dass sie am 16. Juni, einen Tag bevor die Europäische Kommission eine Stellungnahme zum EU-Kandidatenstatus der Ukraine abgeben soll, Kyjiw besuchen wollen.
13.06.2022	Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wird das Vermögen des ehemaligen Verteidigungsministers Pawlo Lebedjew aus der Ära Wiktor Janukowytsch beschlagnahmt und der Nationalen Agentur zur Aufdeckung, Durchsuchung und Verwaltung von Vermögenswerten aus Korruption und anderen Straftaten übertragen.
13.06.2022	Die litauische Bevölkerung erwirbt vier moderne Drohnen aus estnischer Produktion für die Ukraine. Die Übergabe von zwei weiteren Drohnen ist für die nächsten zwei Monate geplant. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 990 Tausend Euro. Ukrainische Piloten lernen bereits, diese Drohnen zu bedienen.
14.06.2022	Ein Gericht in Lwiw verbietet die »Naschi«-Partei, deren Vorsitzender der pro-russische Politiker Jewhen Murajew ist, sowie zwei weitere politische Parteien – die Partei des prorussischen Politikers Wolodymyr Saldo und die Partei von Kyrjlo Stramousow, welcher als Kollaborateur gilt.
14.06.2022	Ein weiterer Austausch von Leichen von Militärangehörigen fand in der Region Saporischschja statt. Die Ukraine hat die Leichen von 64 Aowstal-Verteidiger:innen für eine würdige Bestattung erhalten. Man plane eine Gedenkstätte für die gefallenen Held:innen von Aowstal zu errichten. Diese solle an den Hängen des Dnjepr errichtet werden.

14.06.2022	Die Europäische Kommission einigt sich auf ein Abkommen über die Liberalisierung des Straßenverkehrs auf den Strecken zwischen der Ukraine und der EU. Durch das Abkommen entfällt die Notwendigkeit, entsprechende Genehmigungen für Spediteur:innen einzuholen, und die Ausfuhr ukrainischer Waren über Straßengrenzübergänge wird nicht mehr gestoppt. Die Unterzeichnung des Dokuments ist für Ende Juni vorgesehen.
14.06.2022	Die stellvertretende ukrainische Verteidigungsministerin Anna Maljar berichtet im Fernsehen, dass die westlichen Partner der Ukraine etwa 10 Prozent der von Kyjiw geforderten Waffen zur Verfügung gestellt hätten.
15.06.2022	In der Nacht werden vor allem im Gebiet Dnjepropetrowsk und in der gesamten Donbasregion verstärkter Raketenbeschuss von russischen Truppen und den Truppen der selbsternannten »Volksrepubliken« gemeldet.
15.06.2022	Die App »Kyiv Digital« startet eine elektronische Abstimmung zur Umbenennung von städtischen Einrichtungen, deren Namen mit der Russischen Föderation in Verbindung stehen.
15.06.2022	Der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates, Dmitrij Medwedew, wirft im Messenger-Dienst Telegram die Frage auf, ob die Ukraine in zwei Jahren überhaupt noch auf der Weltkarte existieren würde.
15.06.2022	In Brüssel werden der Ukraine beim dritten Treffen der Kontaktgruppe für die Verteidigung der Ukraine (Ramstein-3) weitere Waffenlieferungen zugesagt. Die Slowakei erklärt sich bereit, Kampfhubschrauber zu liefern, während Kanada, Polen und die Niederlande zusätzliche Artillerie zugesagt haben. Deutschland werde drei Raketenwerfer liefern.
15.06.2022	Die erste Pressekonferenz der unabhängigen internationalen Untersuchungskommission der Vereinten Nationen zu den Kriegsverbrechen Russlands in der Ukraine findet zum Abschluss ihres Besuchs in der Ukraine statt. Auf den ersten Besuch der Kommission werden Besuche in weiteren Teilen der Ukraine folgen, bevor die Kommission dem UNO-Menschenrechtsrat im September dieses Jahres mündlich Bericht erstatten wird.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Dr. Martin Buchholz

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
 Chronik: Dr. Martin Buchholz
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1862-555X © 2022 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
 Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
 e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen

Polen-Analysen

Russland-Analysen

Ukraine-Analysen

Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.